

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgealtene Rollen-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verord-
 nungen und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Kontaktsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 28. August 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Eigenlob.

Die gesamte Kreis-, Amts- und Unternehmerpresse giebt im Augenblick den Artikel eines französischen Blattes wieder, der dazu angethan sein soll, die Schlichtigkeit der Socialdemokratie und die erhabene Schönheit deutscher Zustände einem verehrlichen Publikum zu demonstrieren. Der Artikel stammt aus der „Revue de Paris“. In feiner Weise von Sachkenntnis getrübt, belobt er die deutsche Arbeiterversicherung über das Wohlgefallen. Unter anderem schreibt der Verherrlicher der deutschen Arbeiterversicherung, auf deutschem Boden sei ein Baum emporgewachsen „und unter diesem Baum findet der Arbeiter Obdach und Schutz, wenn ein Ungewitter über seinem Haupt ausbricht“. Bei Verwundung, bei Schwäche oder Krankheit, im Alter oder bei Leistungsunfähigkeit könne er sich, „um nicht in den Abgrund zu rollen, an den Zweigen des Baums festhalten, wenigstens ein Stück Brot für sich und seine Familie finden, und ist nicht genötigt, auf seine alten Tage betteln zu gehen“. Wundervoller Trost! Ferner versteigt sich der Dichtersprache zu der Behauptung: „Es ist gewiß, daß zur Stunde der deutsche Arbeiter unter allen Arbeitern derjenige ist, der der Zukunft mit den geringsten Sorgen entgegen blicken kann... Der Begriff Wohlthätigkeit und Almosen ist heute „durch den des Rechts ersetzt“.

Das Loblied des französischen Bourgeois-Socialpolitikers gefällt der deutschen Unternehmerpresse überaus. Sie ist bescheiden genug, das Lob eines kenntnislosen Ausländers dem Urteil der Landleute, welche die Vortrefflichkeit des deutschen Versicherungswezens am eigenen Leibe verspüren, vorzuziehen. Schweinburg ist freudetrunken, nennt die deutsche Arbeiterversicherung „das viel- leicht großartigste Kulturwerk der modernen Zeit“ — und bedauert sich bei den gut zahlenden Herren vom Centralverband mit einem vernichtenden Schlag gegen die Socialdemokratie:

„Der Lauf der Weltgeschichte ist eigenartig. Die Socialdemokratie, die so sehr mit Frankreich kolettierte, muß es sich gefallen lassen, daß sie in ihrer ganzen jämmerlichkeit bei der Ein- und Durchführung der Arbeiterversicherung Deutschlands von französischen Rednern und Schriftstellern dargestellt wird, und das Werk, welches in erster Reihe Kaiser Wilhelm I. und dem Fürsten Bismarck zu danken ist, es erfährt von französischer Seite Worte der Anerkennung, wie sie wärmer und vor allem zutreffender bisher vom Auslande nicht gesprochen sind.“

So eigenartig auch der Lauf der Weltgeschichte sein mag, die Fälschungen des Herrn Schweinburg bleiben Fälschungen. Der französische Socialpolitiker ist weit entfernt, unsinnige Schlüsse zu ziehen, wie sie das wohlwollende Selbstlob des deutschen Unternehmerorgans zieht. Die deutsche Socialdemokratie hat so wenig „mit Frankreich kolettiert“, daß sie vielmehr stets die socialpolitische Bewusstseinsfrage der französischen Unternehmerklasse ebenso eindringlich verurteilt hat wie die in der deutschen Heimat. Der weltgeschichtliche Unfug, die deutsche Arbeiterversicherung sei in erster Reihe Wilhelm I. und Bismarck zu danken, bedarf angesichts des bestimmten Bismarckschen Bekenntnisses: „Ohne Socialdemokratie keine Socialreform“ keiner weiteren Bemerkung. Auch die Reue-Ausscheidung dieser Selbstbelobigung hat der französische Autor dem mächtig-galdischen Kulte des deutschen Unternehmertums überlassen. Im Auslande ist die Thatsache nicht ganz unbekannt, daß der Vorzug, den die deutsche Socialpolitik etwa auf einem Gebiete vor der ausländischen hat, nur eine Niederspiegelung der größeren und organisierten Macht ist, die in Deutschland die Arbeiterbewegung vor den Bruderparteien des Auslands gewann, die diese stets neidlos anerkannten.

Wenn die Bourgeoispresse Frankreich über die deutsche Arbeiterversicherung in kritischer Weise verurteilt, braucht man sich übrigens nicht besonders zu wundern. In dem großen Haus für sociale Oekonomie, Hygiene und öffentliches Unterhaltungsweesen auf der Pariser Weltausstellung hat man der Ausstellung des Reichs-Versicherungsamts den besten Platz eingeräumt. Ein 18 seitiger Specialkatalog führte die Besucher an hübschen Krankenhäusern und Arbeiterheimstätten-Modellen vorbei; eine zu einem Obelisk aufgeschichtete Goldsumme von 304,5 Millionen Mark ließ den Beschauer die Leistungen der Versicherung pro 1899 bestehend in die Augen fallen, während Zahlenmaterial, Uebersichten, Nachweisungen, eine große Bibliothek usw. das ihrige thaten. Vor dieser Anstaltung haben auswärtige Politiker und nach originellem Stoff fahrende Berichterstatter bewundernd gestanden, und ihre Bewunderung war um so größer, je weniger sie von den deutschen Arbeiterverhältnissen wußten.

Dieser Obelisk gemünzten Goldes bedeutet eine plumpe Progrei. Zeigt man in sinnfälliger Form, was die Verunglückten, alten, invaliden Arbeiter in einem Jahre an Gold bekommen haben, so gehört daneben ein zweiter Obelisk, der da sinnfällig zeigte, wie viel in barem Golde die Verunglückten usw. an Arbeitskraft durch das Unternehmertum eingebüßt haben.

Er würde so groß sein, daß man zehn Entschädigungsobelisken in seinem Schatten unterbringen könnte!

Das Ausland vermag auch gern, daß die „Wohlthaten“ des Versicherungswesens zum großen Teil unmittelbar aus der Tasche der Arbeiter geschöpft werden. Daß der goldene Obelisk entstehen konnte, wird der ununterbrochenen und mühevollen Beitragsleistung der Arbeitermilionen verdankt.

Das Ausland sieht auch nicht die zahlreichen, schweren Wunden des deutschen Versicherungswesens, die zu heftigen die deutsche Bourgeoispresse sich beharrlich weigert. Freilich, wenn es der Socialdemokratie einfließen gelungen sein wird, den Unternehmerrwiderstand zu brechen und die so vielfach von uns gekennzeichneten Gebrechen der Arbeiterversicherung zu beseitigen, dann wird sicherlich

Herr Schweinburg erklären, er und Graf Posadowsky hätten das gemacht.

Die offizielle Socialpolitik in Deutschland hat niemals den Zustand des Auslands gezeigt, die eigenen Mängel zu sehen und fremde Vorzüge anzuerkennen. Lobt der Ausländer eine deutsche Institution, so reizt er dadurch die deutsche Selbstzufriedenheit, die sich gegen Vorzüge des Auslands stets dunkelhaft verschließt. Das vereinzelt Lob eines französischen Bourgeois-Socialpolitikers bauscht die deutsche Unternehmerpresse in ungeheuerlichen Uebertreibungen auf. Wie wäre es, wenn unsre Schweinburgs sich an dem in Frankreich zum Gesetz erhobenen und baldiger Verwirklichung entgegengehenden zehnjährigen Maximalarbeitstag ein Muster nähmen? —

China.

Die Nachricht der Einholung des Kaisers und der Kaiserin-Witwe ist nicht bestätigt worden.

Aus dem ersten ausführlichen Gesandtschaftsbericht ist nun wenigstens ein Auszug eingetroffen. Es ist der Bericht des deutschen Grafen Soden, des Führers der deutschen Seefoldaten-Schutztruppe in Peking. Leider giebt der Auszug nur äußerliche Thatsachen und schweigt über alles eigentlich Wissenswürdige, über Ursache des Aufstands, über den Zwiespalt unter den verschiedenen Gruppen am chinesischen Hofe usw.

Die Ueberflüssigkeit der Waldersee-Fahrt wird täglich offener. Bericht des Grafen Soden.

Der Gouverneur von Kiautschou meldet telegraphisch unter dem 24. d. nachstehenden Auszug aus dem Bericht des Grafen Soden:

Am 21. Juni wurden Feindschiffe gegen die Gesandtschaft eröffnet, diese am 22. infolge Mißverständnisses geräumt und nach englischer Gesandtschaft begeben. Kurze Zeit darauf deutsche Gesandtschaft wieder besetzt. Oestreichische und italienische Inzwischen abgebrannt. Von da ab manföhrlich im Gefecht gegen chinesische Truppen des Tzungtsung und Junglu. Vom 16. Juli bis 9. August Waffenstillstand. Detachement besetzt inzwischen Klub. Bis zum 14. August mörderisches Feuer aus nächster Nähe. Am 14. August früh Geschütz- und Gewehrfeuer außerhalb der Stadt hörbar. Chinesen verließen nachmittags Stellungen, als indisches Regiment erschien. Detachement ging vor, besetzte Paltamen-Thor, eroberte 8 Kanonen, eine Fahne, viele Waffen und Munition. 20 Mann hatten mehr als 1000 gegenüber gestanden, von denen über 200 gefallen. Seefoldaten haben sich hervorragend benommen. Sämtliche Europäer haben Muth, Unerdrossenheit und gutes Schicksal bewahrt. Verwundet: Berger, Schwer, Linke Kopfseite, Reinhardt, linker Arm, Weisbart, rechtes Gesicht, Gehör verletzt, Garbis rechte Hand, Forster rechte Schulter, Biris linkes Bein, Venke, Gesicht, gehellt, König, Gesicht und Schulter, gehellt, Guntter, linker Arm, Hüfte, Lunge, Bronchial, Gesicht, leicht, Serrfert, Peitz, Annie Keif, Klauß, linker Ellbogen, Zypbus, in der Fesierung. Die übrigen gesund.

In und um Peking.

Der Petersburger „Regierungsbote“ teilt mit: Telegramm des Generals Lenevitch aus Taku vom 23. August: Am 16. August befreiten die vereinigten russischen und französischen Truppen französische Missionare und ihr seit 2 Monaten von Vögeln belagertes Kloster. Dann wurden die Vögel von den russischen und französischen Truppen aus der kaiserlichen Stadt hinausgedrängt, das westliche Thor von den Russen und Franzosen eingenommen und auf demselben die russische und die französische Fahne gehißt. Auf den andern Seiten des kaiserlichen Palastes wurden Wachposten anderer Nationen aufgestellt, welche sich zu den Thoren durchkämpfen mußten. Die Kaiserin, der ganze Hof und die Regierung flohen nach der Provinz Schensi, ebenso der Kaiser und der Thronfolger. Die Russen hatten 5 Verwundete, die Franzosen 5 Tote und 25 Verwundete. Seit diesem Tage giebt es in Peking keine Vögel mehr.

London, 26. August. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Peking vom 19. d. M. gemeldet: Heute wurden Melanoscerierungen vorgenommen. Es wird berichtet, daß bewaffnete Chinesen im Süden und Südwesten Plünderungen vornahmen. Bengalische Lanzenkrieger entbeden in Housi, einer 4 Meilen südwestlich gelegenen Ortschaft, eine gut verhangene Streitmacht. Man glaubt, daß dieselbe von den besten chinesischen Jägern besetzt ist.

Tokio, 27. August. Der Befehlshaber der japanischen Truppen in Peking telegraphiert unter Datum vom 18. August: Die Stadt ist jetzt vollständig vom Feinde befreit. Das japanische Kavallerie-Regiment, welches nach Mansjan geschickt wurde, berichtet, daß die kaiserliche Familie, welche Peking am 14. verlassen hatte, nach einer kurzen Rast in diesen Dörfern in westlicher Richtung gezogen wäre. Dieselbe befand sich unter der Eskorte des Generals Ma, dessen Truppen bloß etwas über 500 Mann Kavallerie zählten mit zwanzig Wagen.

Ein andres Telegramm vom 28. August berichtet: Vögel und chinesische Truppen, welche in Nam-chen sich versammelt haben, waren im Begriff, die Alliierten in Peking von der äußeren Stadt aus anzugreifen. Es wird erwartet, daß die vereinte japanische und russische Kavallerie sie am 25. angreifen wird. Ferner wird gemeldet, daß der Feind in einer Stärke von 900 Mann Infanterie mit 15 Kanonen von der Provinz Schantung in nördlicher Richtung vorrückt, um die Alliierten in der Hauptstadt anzugreifen.

Gesicht bei Tientsin.

Meldung des „Reuterschen Bureau“. General Dorward telegraphiert aus Tientsin unter dem 23. d. Mts.:

Ich habe am 19. August 8 Meilen südwestlich von Tientsin mit ungefähr 1000 Mann Amerikanern, Japanern, Oestreichern und Engländern eine starke chinesische Truppenabteilung angegriffen; nach zweitägigen Kämpfe flohen die Chinesen, nachdem 300 von ihnen gefallen und 60 gefangen genommen waren. Ungefähr 800 Mann flohen nach Süden, das bedeutend stärkere Hauptcorps nach Westen. Auf unsrer Seite wurden 11 Mann verwundet. Die Verbindungs-linien in der Umgegend von Tientsin sind jetzt außer Gefahr. In den Dörfern wurden von den Chinesen Granatminen verlegt, mehrere Leichen wurden aufgefunden, denen die Köpfe abgehauen

waren. Aus den umliegenden Dörfern kommen täglich ungefähr 1000 Einwohner nach Tientsin, wo wir nur noch für einen Monat Lebensmittel für die Bevölkerung haben, so daß in kurzem Mangel an Nahrungsmitteln zu erwarten ist.

Was soll Waldersee noch?

Selbst die „Köln. Ztg.“ muß jetzt die Ueberflüssigkeit Waldersees anerkennen. Aus Köln wird telegraphisch berichtet:

In einem Berliner Telegramm warnt die „Köln. Ztg.“ vor den englischen Sensationsdepeschen, von denen die beiden letzten, welche die Gefangennahme der Kaiserin sowie die Kriegserklärung Rußlands an China meldeten, sich wiederum nicht bestätigten. Als besonders zuverlässig seien die russischen Depeschen anzusehen, da aus diesen hervorgehe, daß die Kaiserin, der Kaiser und die gesamte Regierung entflohen seien, wodurch den verbündeten Mächten die Einleitung von Friedensverhandlungen sehr erschwert werde. Insofern sei das Entwichen des ganzen bisherigen Regierungsapparats ein unerfreuliches Ereignis; daß aber diese Regierung im Innern Chinas große Truppenmassen aufbieten wird, welche den Mächten nachdrücklichen militärischen Widerstand entgegensetzen würden, sei nicht anzunehmen. Mit der militärischen Widerstandskraft der Chinesen sei es vorbei.

Japan als Friedensvermittler?

London, 27. August. Den „Times“ wird aus Shanghai vom 26. d. M. gemeldet: Li-Hung-Tschang erhielt von dem japanischen Minister des Auswärtigen ein Telegramm, in welchem es heißt, Unterhandlungen seien nunmöglich, so lange nicht China Bevollmächtigte ernenne, die von den Mächten gutgeheißen würden. Der Minister bezeichnet alsdann als genehm die Ernennung der Vizekönige von Hankow und Wuchang zu Bevollmächtigten und macht schließlich auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß China sein Bedauern ausdrücke, ausdrücklich sein Unrecht eingestehen und aus freien Stücken vollen Schadenersatz anbieten. Schließlich heißt es in der Depesche, wenn diese Maßnahme befolgt würden, sei Japan bereit, bei den Verhandlungen jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Politische Ueberflüss.

Berlin, den 27. August.

Zuchthausküche für den Landarbeiter.

Die „Welt am Montag“ veröffentlicht den Küchenzettel, welchen die preussische Anstaltungskommission für ihre Gutsarbeiter vorgeschrieben hat. Der Präsident der Kommission hat allen Vorstellungen der Verwalter entgegen angeordnet, daß dieser Küchenzettel unbedingt durchgeführt werde; die Erfahrung habe gelehrt, daß es sehr wohl möglich sei, für den Durchschnittspreis von 40 Pfennig täglich — dem Satz des Küchenzettels — einen erwachsenen Arbeiter gut und ausreichend zu ernähren.

Wo diese Erfahrung gesammelt ist, sagt der Präsident nicht; wir wollen es der Welt verraten: der Küchenzettel des Präsidenten, — pardon, der Küchenzettel für die Arbeiter ist nahezu wörtlich abgeschrieben aus dem „Speise-Etat für die zum Ressort des Ministeriums des Innern gehörigen Strafanstalten.“ In diesen Anstalten kostet die gesamte tägliche Verpflegung zwar nur 31,2 Pfennig pro Kopf; darin sind aber auch die Frauen mit berechnet, deren Portionen kleiner sind; ferner entfallen auf den Kopf eines Gefangenen im Durchschnitt noch 1,33 Pf. an Inanspruchnahme-mitteln und dem Verdienstanteil; endlich haben die „schwer arbeitenden“ Gefangenen Verpflegungszulagen, so daß auf sie also verhältnismäßig mehr entfallen als 31,2 Pfennige.

Der Küchenzettel des freundlichen Präsidenten sieht zunächst morgens Kaffee vor; er bewilligt dazu pro Kopf 7 Gramm und ferner 3 Gramm Cichorie. Hier hat er seine Vorlage, den Strafanstaltsetat, ein wenig verschlechtert; in letzteren sind 10 Gramm Kaffee vorgesehen; es „kann“ dafür zwar 5 Gramm Kaffee und 5 Gr. Cichorien gegeben werden, in den meisten Strafanstalten giebt es aber 10 Gramm Kaffee. Die Milchportion zum Kaffee ist genau dem Zuchthaussetat entlehnt: 0,05 Liter pro Kopf.

Dagegen ist der Präsident etwas liberaler mit den Fleischportionen. Er bewilligt dreimal in der Woche je 100 Gramm Fleisch, während in den Strafanstalten dieser Riesenhappen zweimal wöchentlich gewährt ist. „An den hohen Festtagen kann etwa 200 Gramm Fleisch zugeteilt werden“ — auch eine Nachahmung des Vorbilds, nur daß der Zuchthaussetat an den drei hohen Festen und an Kaisergeburtstag pro Kopf 250 Gramm Fleisch, also das 2½fache der gewöhnlichen Portion vorsieht.

Für die Tage, an denen es kein Fleisch giebt, hat der Küchenmeister der Anstaltungskommission pro Kopf 50 Fett vorgeschrieben — genau nach seiner Vorlage. Auch die Verpflegungssätze für Gemüse und Kartoffeln — Erbsen, Sauer-l Kohl, die berühmte Rumpfsuppe, die Mehlsuppe und Brot-suppe — ferner die Beträge für Gewürz und Salz sind genau aus dem Zuchthaussetat abgeschrieben. Essig verzeichnet der Küchenzettel aus Posen in der „Welt am Montag“ pro Kopf 0,4 Liter — ohne Zweifel ein Druckfehler; die Vorlage aus dem Zuchthause bewilligt 0,04 Liter.

Genau dem Zuchthaus-Küchenzettel entspricht es ferner, daß wöchentlich 100 Gramm Käse und ein Hering verabreicht werden — nur ist im Zuchthause vorgeschrieben, was der Präsident nur erlaubt, und ferner bleiben im Zuchthause die Portionen im übrigen dieselben, der Präsident aber verlangt, daß sie an den Freitag- und Samstag vermindert werden.

Ein Unterschied zu Gunsten der Anstaltungsarbeiter ist nur insofern festzustellen, als die Brotportion täglich auf 1 Kilo festgesetzt und dazu 40 Gramm Schmalz bewilligt ist, während der Speise-Etat des Zuchthaus nur 550 Gramm Brot und kein Fett vorsteht. Bei näherem Zusehen stellt sich aber heraus, daß diese Differenz sich ausgleicht. Den schwerer arbeitenden Gefangenen werden, wie oben schon gesagt, Zulagen gegeben; selbst mäßig schwer arbeitende erhalten 700 Gramm Brot. Aus dem Arbeitsverdienst können sie bis etwa 250 Gramm Schmalz wöchentlich ankaufen — etwa 35 Gramm pro Tag.

Außerdem ist im vorigen Jahre eine besondere Verfügung erlassen, nach welcher den bei Landeskulturarbeiten beschäftigten Gefangenen täglich 2 Kilogramm Brot, 20 Gramm Schmalz, bei besonders schwerer Arbeit 40 Gramm Schmalz, ferner eine zweite Kaffeeportion gegeben werden soll — genau die Vorschriften des Anstaltungspräsidenten.

Wir haben also das Original dieser Kulturarbeit des Küchenmeisters genau vor uns; es ist der Zuchthauszettel mit den Abänderungen, die für Gefangene bei landwirtschaftlichen Arbeiten vorgegeben sind, und mit der einzigen großen Wohlthat einer dritten Fleischration pro Woche.

Offenbar hat der Präsident in seinem Dienstbetriebe ein Detachement von Gefangenen aus Graudenz beschäftigt, dabei den grandiosen Rumford-Küchenzettel kennen gelernt und ihn schleunigst für alle seine Arbeiter vorgeschrieben.

Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ fühlt sich peinlich berührt durch diese Veröffentlichung, die einen tiefen Blick in die Geheimnisse der Leutenot gestattet. Nach einem schwachen Versuch, diese armselige Abfütterung schwer arbeitender Menschen mit der Verschwiegenheit der „Bedürfnisse und Gewohnheiten“ zu entschuldigen, hält sie es doch für nötig, von der königlichen Anstaltungscommission ein erhebliches Stück abzurücken, indem sie zum Schlusse schreibt:

„Wir haben die ganze Angelegenheit nur erwähnt, um dagegen Einspruch zu erheben, daß man diesen Küchenzettel der Anstaltungscommission für den Typus eines ostelbischen Küchenzettels im allgemeinen erklärt. Wir sind überzeugt, daß die ostelbischen Landwirte in ihrer überwiegenden Mehrheit ihre Arbeiter weit besser belästigen, als die preussische Anstaltungscommission. Gegen die Tendenz, die dem Artikel des Herrn von Gerlach zu Grunde liegt, diesen Küchenzettel auf das Schulconto der „ostelbischen Agrarier“ zu legen, müssen und können wir protestieren.“

Ob das zutrifft, daß die Ostelbier ihre Arbeiter weit besser belästigen, möchten wir sehr bezweifeln. Erst vor einigen Tagen veröffentlichten wir einen von der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse“ als fest Jahren erprobt empfohlenen Küchenzettel für die „Leute“, der allerdings ein wenig besser ist, wie der hier beschriebene, der aber auch z. B. ein Mittagessen für 6 erwachsene Arbeiter aus 12 Pfund Kartoffeln und 100 Gramm Speck nebst 1/2 Liter Eßig empfiehlt. Die ostelbischen Agrarier haben also gar keinen Anlaß, gegenüber der Anstaltungscommission den Phariseer zu spielen.

Zum Anwalt der Steuerdefraudanten

Wirkt sich, wenn nicht der Absicht, so doch der Thatsache nach, abermals das Organ der rheinischen Großindustriellen, die „Köln. Ztg.“ auf. Die auch von uns in Nr. 189 mitgeteilte Veröffentlichung der „Berl. Korresp.“ über den Umfang der Steuerdefraudation, die als ministerielle Zurückweisung der namentlich von der „Köln. Ztg.“ beständig erhobenen Querelen über die immer lästiger werdende Einkommensteuer-Kontrolle durch die Steuerbehörden ausgesprochen werden mußte, hat es ihr angethan. Man hätte vielleicht annehmen sollen, daß die Feststellung des unerhöhten Umfangs der Steuerhinterziehungen und Steuerhinterziehungsverfuche dem rheinischen Blatt die Schamröthe hätte ins Gesicht treiben und es zum verlegenen Schweigen hätte veranlassen sollen. Aber es handelt sich ja um das Allerheiligste der Kapitalisten, um den Geldsack, und bei der Anstaltung dieses steuerlichen aller Güter hört bei einem Kapitalistenblatt alle Gemüthlichkeit und alle Scham auf. So macht denn die „Köln. Ztg.“ geradezu verzweifelte Anstrengungen, um die Schuldbeweise der offiziellen Zahlenangaben zu entkräften. Kein Alogischer, kein Unmögliches, keine Verrentung der Thatsachen, keine Sophisterei ist ihm schätzbar genug, um die Thatsache des unerhöhten Betrugs hinwegzuleugnen und die Nachprüfungen der Staatsbehörden als mutwillige Belästigungen zu verächtigen.

Ihren Haupttrumpf spielt die „Köln. Ztg.“ gleich zu Anfang ihres Artikels aus:

„Für den amtlichen Ausgang ist es recht bezeichnend, daß er sich fast ausschließlich darauf beschränkt, aus dem Inhalt des etwa über 100 Seiten großen Hefts nur jene 10 Seiten zu veröffentlichen, welche 3986 Straffälle zusammenfassen, in denen in den 3 Jahren vom 1. Oktober 1896 bis 30. September 1899 auf Grund der Vorschriften des § 68 des Einkommensteuer-Gesetzes und des § 48 des Ergänzungsteuer-Gesetzes zusammen 443 659 M. Nachsteuer und 1 191 161 M. Strafen, also im Durchschnitt der drei Jahre jährlich in 1329 Fällen 147 888 M. Nachsteuer und 377 053 M. Strafe oder auf den Kopf etwas über 100 M. Nachsteuer und 300 M. Strafe bezahlt worden sind. Man wird anerkennen müssen, daß diese Zahl von Straffällen im ganzen recht gering ist; denn den rund 1330 Verurteilten stehen jährlich rund 480 000 Steuerpflichtige gegenüber, welche ihr Einkommen zum Zwecke der Besteuerung selbst anzugeben hatten.“

Die Zahl der Straffälle ist ja nicht übermäßig groß, wenn auch die von der „Berliner Korrespondenz“ spezifizierten Fälle, bei denen es sich um „hochangesehene Fabrikanten“, „hochangesehene Weinhändler“ usw. handelte, ein böses Schlaglicht auf die kapitalistische Moral gewisser „hochangesehener“ Kreise werfen. Aber wer sagt denn der „Kölnischen Zeitung“, daß die Zahl der Straffälle sich mit der der Defraudationen deckt? Daß immerhin so viele und so traffe Fälle von Steuerhinterziehungen vorgekommen sind, mußte nach der Logik normaler ehlicher Menschen den Verdacht erwecken, daß noch gar manche hochangesehene Staatskluge unentdeckt den Staat demogele und daß deshalb die Vermählungen der Steuerbehörden, die Drüdeberger nach Möglichkeit zu eruierten, alle Anerkennung verdienen. Aber die „Köln. Ztg.“ besitz ihre eigene Logik. „Häufige Diebe“, schreibt sie, „werden bestraft, und zahllose Diebe bleiben unentdeckt und können nicht bestraft werden, trotzdem müssen die Behörden jeden, den sie nicht überführen können, als ehrlich behandeln“. Nun folgert die „Köln. Ztg.“, da es das Recht der Sicherheitsbehörden ist, die mutmaßlich vorhandenen Diebe nicht zur Bestrafung bringen zu können, dürfen die Diebe möglichst wenig belästigt werden. Das ist ja eine wunderbare Spitzbubenlogik!

Aber noch ein Spitzbubenrecht reklamiert die „Kölnische Zeitung“ für die Steuerdefraudanten:

„Der Verbrecher kann sich jeder Äußerung über seine Handlungen, die ihm als Straftat amtlich vorgeworfen werden, enthalten; er kann nicht gezwungen werden, sich über dieselben auszusprechen, er kann in Ruhe abwarten, daß die Beweise seiner Schuld ohne seine Mitwirkung erbracht werden. Der Steuerpflichtige dagegen muß nach der Art, wie jetzt die Praxis der Verwaltungsbehörden geübt wird, zunächst sich im vollen Umfang unter feierlicher Verpfändung

seines Mannesworts für die Richtigkeit seiner Angaben belasten; dann kommt die Veranlagungsbehörde und benützt diese seine Mitteilungen, indem sie ihm klar zu machen sucht, daß er nicht nach bestem Wissen und Gewissen, sondern nach ungeradebem, schlechtem, falschem Wissen oder nach schlechtem und unehrlichem Gewissen seine Angaben gemacht habe, daß er also sich läßlich weiter belasten und sich gegenwärtigen möge, daß jede falsche Angabe zu einer schweren Strafe führen könne, daß er aber im übrigen alle diese amtlichen Heimtückungen nur nicht übel nehmen oder gar als Grenzstränkung empfinden, sondern sich schon mit dem Gedanken trösten möge, daß gerade wie er mindestens 25 Proz. aller Steuerpflichtigen einer amtlichen Anzeigung ihrer Selbstschätzung und damit ihrer Glaubwürdigkeit unterzogen werden.“

Also für die „Besitzenden und Gebildeten“ verlangt hier die „Köln. Ztg.“ das Brüllen des Verbrechers, lägen und schwindeln zu können nach Herzenslust! Das wäre, wenn auch keine empfehlenswerte steuerrechtliche, so doch vielleicht eine richtige moralische Selbstschätzung dieser Kreise!

Außerdem aber: der Beweis für die Notwendigkeit der schärfsten Steuerkontrolle wird von der „Berl. Korresp.“ nicht so sehr durch die Statistik der Straffälle als vielmehr durch den ungeheuren Umfang der erfolgreichen Steuerbeanstandungen erbracht. Waren doch von den insgesamt abgegebenen 482 526 Steuererklärungen 120 874 beanstandet, und zwar 96 358 mit Erfolg beanstandet worden. Und zwar waren 200 511 000 M. oder 28 Proz. mehr an steuerpflichtigem Einkommen und 7 160 000 M. an Einkommensteuer festgestellt worden, als von den gewissenhaften und aufserkündigen Bourgeois angegeben worden waren. Unter 5 Steuererklärungen war also eine zu niedrige, falsche festgestellt worden! Ein Faktum, das daraus schließen läßt, daß nur ein winziger Prozentsatz als falsche Steuerdefraudation festgestellt und zur Verurteilung gebracht werden konnte!

Die „Kölnische Zeitung“ behauptet freilich, diese erfolgreichen Beanstandungen beweisen nicht etwa die Unrichtigkeit der ursprünglichen Angaben der Einkommenspflichtigen, sondern nur die scharfe Anziehung der Steuerhölzer.

Die große Mehrheit der Steuerpflichtigen wird sich viel lieber gefallen lassen, an eine oder zwei Stufen der Einkommensteuer ungerechtfertigt höher hinaufgeschraubt zu werden, als die endlosen Weiterungen und den blutigen Kerges auf sich zu nehmen, die mit der Durchführung der Verurteilung wie überhaupt mit jedem Kampf mit den Steuerbehörden untrennbar verbunden sind. —

Wenn diese Behauptung auf Herrn Miquel, der ja als ehemaliger Direktor der Diskontogesellschaft und auch sonst noch Einblinde in die Psychologie der national-liberalen Groß-Bourgeoisie zu gewinnen Gelegenheit hatte, keinen überzeugenden Eindruck macht, so muß der alte Herr Beweisen wirklich schwer zugänglich sein.

Aus der Garnadigkeit aber, mit der das rheinische Organ den Kampf um Entschärfung der Steuerdefraudation führt, gewinnt man einen vortheilhaften Maßstab für die bürgerliche Moral jener obskuren Kreise, in denen „Bildung und Besitz“ eine so ideale Verschmelzung eingegangen sind.

Deutsches Reich.

Rein Reichstag. In herausforderndem Optimismus schließt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Forderung der Verfassungserfüllung ab. Das Organ der Regierung schreibt:

„Die Zeitungen lassen nicht ab, auf die alsbaldige Verurteilung des Reichstags hinzuwirken, und zwar rufen danach solche Mächte am lautesten, die im Juli dieses Jahres die Wahrheit bekämpften. In Bezug auf das Bedürfnis der Versammlung des Reichstags liegen die Dinge gegenwärtig nicht anders wie damals. Auch jetzt ist kein Grund vorhanden, die parlamentarische Ruhepause vorzeitig zu unterbrechen.“

Das Regierungsgeschäft macht sich an, das Bedürfnis der Einberufung des Reichstags abzuwarten: Die Zeitungen, die öffentliche Meinung, die Parteien, das Volk haben ihre politischen Wünsche den verfassungswidrigen Plänen des Regierungsgeschäfts zu unterwerfen! —

Der Ornamentaler. Herr Rosal, der den Auftrag, eine ganze Serie Schlachtenbilder in China zu malen, abgelehnt hatte, ist nicht ohne Erfolg geblieben. In Berichten von der Abfahrt des Grafen Waldersee in Kapel lesen wir, daß der Kriegsmaler Rosal die Reise mitmacht. Herr Rosal befürchtet nur, die Chinesen könnten grolam genug sein, die Vereinerung der europäischen Kunst um moderne Hummelmale zu verweigern. —

Ein Kostümkonflikt. Nach Artikel 63 der Reichsverfassung sind die Rechte des Kaisers und der Bundesfürsten in betreff der Anzüge der Truppen so geordnet, daß für die Bekleidung die Grundfarben und der Schnitt der königlich preussischen Armee maßgebend, die betreffenden Kontingentsherren aber berechtigt sind, die äußeren Abzeichen (Kofarden usw.) zu bestimmen. Neuerdings sind die Grundfarben und der Schnitt der königlich preussischen Armee demohnen ins Schwanken geraten, daß es für einen verfassungstreuen Kontingentsherrn sehr schwer ist, den Vorbildern zu folgen, die ihm in recht reichem Wechsel gegeben werden. Allerdings hat das Palästina-Kostüm eine weitere Verbreitung nicht gefunden, dagegen wird soeben bekannt, daß nach Kaiser Wilhelms eignen Angaben die Tropenuniform des Kaiserthums der Welt komponiert und im Deutschen Offiziersverein angefertigt ist. Die blaue Farbe dieser Tropenuniform ist bekannt; die Mäntel ist den Mänteln des englischen Militärs nachgebildet; sie eignet sich besonders für lede Polen auf einem Ohr etc. Wie es heißt, sollen nach der schönen Uniform des Marischals auch die andern Chargen bekleidet werden. In München und Stuttgart aber wird die Meinung vertreten, daß für das Kontingent des Südens die neue Mäntelform nicht verfassungsmäßig sei, insbesondere auch, daß sie keinen angemessenen Platz für die Kontingentskofarde biete.

Am Ende wird der Bundesrat zur Lösung dieser Frage zusammengetreten. Auch die baldige Verurteilung des Reichstags, die wegen des Chinakriegs nicht für erforderlich galt, dürfte nun ernstlich in Erwägung gezogen worden sein. —

Zu unserer Notiz „Ein Wangenhelmischer Schulpalast“, in Nr. 194 unseres Blattes, in der wir eine Schilderung des Reichsbaltis über das Schulhaus in Rahnwender wiedergaben, sendet uns der Freiherr v. Wangenheim folgende Erklärung:

1. Es ist unrichtig, daß das alte Schulhaus in Rahnwender für unbewohnbar erklärt ist, daselbst ist in durchaus gutem baulichen Zustand. Dem Schulvorstand und den Interessenten ist nur eine Anfrage zugegangen, ob ein Bedürfnis für einen Neubau anzuerkennen sei, da die Regierung für das nächste Jahr erhebliche Mittel zur Unterstüßung von Neubauten zu beantragen gedenkt.

2. Ich hatte und habe deshalb keine Veranlassung, mich als Amtsvorsteher mit dem baulichen Zustande des Schulhauses zu befassen.

3. Es ist unrichtig, daß bauliche Veränderungen absolut abgelehnt sind. Schulvorstand und Complicite haben erklärt, daß ein Bedürfnis zum Neubau nicht anerkannt werden könne, daß sie deshalb einen solchen nur ausführen würden, wenn die Regierung die Barloffen trüge, daß aber, sobald eine Erweiterung der Wohnräume sich als notwendig herausstellte, man zu einer solchen bereit sei. Auch wurde die Bereitwilligkeit erklärt, eine bessere Ventilation für die Schulstube anzulegen.

Frh. von Wangenheim,
Vorsitzender des Bundes des Landwirte,
R. d. N. u. M. d. W.

Zur Königer Mordaffaire weiß das „Berl. Tagebl.“ mitzutheilen, daß gegen den früheren Abbecker Israelst auf Grund des § 257 des Strafgesetzbuchs, der sich auf die Begünstigung eines Verbrechens bezieht, die Anklage erhoben und der Termin auf den 8. September angesetzt worden ist. Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf die Belandung des Botenmeisters des Königer Landgerichts, Fiedler, der eidlich ausgesagt hat, daß er am Charfreitag, vormittags während der Kirchzeit, gesehen habe, daß sich Israelst mit einem Sack auf dem Rücken, in dem sich ein runder Gegenstand abgezeichnet habe, nach der Weggend am Schützenhause begeben habe, wo dann am 1. Osterfeiertag der Kopf des ermordeten Gymnasialisten Winter gefunden worden ist. Israelst befindet sich in Untersuchungshaft, er bestreitet, an dem Mord irgendwie beteiligt zu sein. Die Verhandlung findet vor der Strafkammer zu Königs statt. Zum Officialverteidiger für Israelst, dessen Verteidigung außerdem noch Justizrat Sello Berlin übernehmen wird, wurde Rechtsanwalt Rasche in Königs bestimmt. —

Die Neuwahlen für den Koburgisch-gothaischen Landtag sind von der Regierung bis zum 30. September ausgeschrieben worden; d. h. die Wahlmännerwahlen müssen bis zu diesem Zeitpunkt erledigt sein. Dann erfolgt die Abgeordnetenwahl.

Die Thätigkeit der socialdemokratischen Fraktion, die auf so manchen schönen Erfolg in der verflochtenen Landtagsperiode zurückblicken kann, fand einen guten Abschluß in der Einwilligung des herzoglichen Hauses in eine Abänderung des Domänenabkommens. Um diesen Erfolg würdigen zu können, müssen wir voraussetzen, daß die Domäne bis zum Jahre 1855 Staatsgut, dann dem Herzog unter einer bestimmten Kontrolle des Landtags und festgesetzter Bezüge des Landes dem Herzog als Pächter überlassen wurde. Die Domäne repräsentiert einen Wert von 30—35 Millionen Mark und geht nach einer geradezu ungläublichen Bestimmung des Domänenvertrags, wenn das herzogliche Haus ausstirbt, als Privateigentum an die Aignaten des Hauses über.

Da ein großer Teil der Waldbevölkerung in seinen Lebensinteressen mit der Domäne verbunden ist, ebenso die Bezüge des Landes dann in Fortfall kämen, so ist es begreiflich, daß die Bevölkerung ein großes Interesse an einer Umänderung jenes unglücklichen Vertrags hat. Regierung und Landtag betrachteten früher diesen Vertrag als ein Bündnis nicht an. Im Jahre 1895 stellte der Abgeordnete Vock als einziger Socialdemokrat im Landtag den Antrag auf Aufhebung und Umänderung jenes Abkommens. Wie aus einem Munde hätte es ihm vom Regierungstisch und den Landtagsgigen entgegen, daß daran gar nicht zu denken sei, daß dies unmöglich sei etc. Vock erwiderte ihnen: Und doch wird die Zeit kommen, wo jenes am Lande begangene Unrecht beseitigt wird. In den letzten Landtag wurden sieben Socialdemokraten gewählt. Bei der Regelung der Erbfolge verlangte Vock als Mitglied der Verfassungs-Kommission wiederum die Abänderung des Domänenabkommens mit — gleichem Erfolg wie früher.

In diesem Frühjahr wiederholten die Socialdemokraten den gleichen Antrag. Derselbe wurde abgelehnt, aber die von den Socialdemokraten nach allen Seiten hin mit Jähigkeit und Ausdauer geübte scharfe Kritik hatte endlich den Erfolg, daß das herzogliche Haus einwilligte. Die Arbeiten sind nicht beendet; der nächste Landtag wird sie vollenden.

Reidlich auf die Erfolge und das gewonnene Prestige blicken die andren Parteien auf die Socialdemokraten und wollen ihnen nun bereit bei den jetzigen Wahlen den Voraus machen. Freiwilrige und Nationalliberale wetteifern in dem Vernichtungskrieg gegen untre Partei, in dem es gleichfalls keinen Pardon geben soll. Die Socialdemokraten dagegen sind guten Muts und rechnen darauf, ihren Besitzstand zu behaupten.

Zur Stunde haben erst in einigen Dörfern die Wahlmännerwahlen stattgefunden. Ein Urteil über den Ausfall der Wahl läßt sich danach noch nicht fällen.

Die Ausweisung zweier italienischer Anarchisten aus Wiesbaden soll nach dem „Rhein. Kurier“ nicht auf Weisung des Ministers des Innern, Freiherrn v. Rheinbaben, erfolgt sein, da der Minister überhaupt derart nicht korrespondiert habe. Dieses Dementi soll falsch sein. Zwei Tage vor der Mainzer Kaiserparade sei seitens des genannten Ministeriums der Polizeidirektion zu Wiesbaden eine diesbezügliche Weisung telegraphisch zugegangen und am folgenden Tage sei auf dem dortigen Bahnhofsbau-Terrain nach den beiden als Anarchisten bekannten Italienern recherchiert worden. Ferner hätten infolge dieser telegraphischen Weisung der Wiesbadener Kriminalkommission Henning und vier Kriminalhülfsleute an der Kaiserparade mit dem Befehl teilgenommen, auf verdächtige Anarchisten zu fahnden.

Handelsausichten in China.

Wir sind wiederholt den überchwänglichen Hoffnungen, die eine schnelle und tiefgreifende Ausdehnung des Handelsabzuges nach China erwarten, durch nüchterne Betrachtung der wirklichen Verhältnisse entgegengesetzt. Eine überaus pessimistische Auffassung über die Zukunft des chinesischen Handels äußert jetzt auch, wie wir aus der „Frankfurter Zeitung“ erfahren, im „Eidelle“ Yves Guyot. Er schreibt:

„Der Chinese befindet sich weder in der Steinzeit, noch in der Bronze- oder Eiszeit, sondern in der Holzzeit, wie es die Häuschen in der chinesischen Ausstellung des Trocadero beweisen. Er bedient sich weder der Ägeln, noch der Schrauben, sondern der hölzernen Nadeln. Die Häuschen des Trocadero sind gleichwohl europaisiert, denn sie haben Fenster. Mit Ausnahme des kaiserlichen Palastes und einiger andren Paläste sieht der Chinese noch beim geübten Papier und dem Stroh-Kouleang. Er hat auf seinem Tisch kein Glas, sondern nur Porzellan und irdenes Geschirre. Wenn die Chinesen die Schminke kennen, so hat sie doch weder einen Spiegel noch ein Korsett. Der Chinese hat keine Wolle und kein Tuch, sondern kleidet sich bloß in Baumwolle. Er geht barfuß oder in Stroh- und Holzpantoffeln; er kennt kein Fuhrzeug von Leder. Im Innern Chinas ist das Hornvieh eine äußerliche Seltenheit. Es gibt keine Straßen, sondern nur Pfade. Das einzige Lasttier ist der Chinese selbst. Der Chinese braucht keine Seife. Er macht sich Licht mit einem ölgetränkten Docht oder mit Kerzen aus Wachs oder Unschlitt. Er hat weder Heub noch Osen; bei der größten Kälte wärmt er sich nicht. Brot, geschlachtetes Fleisch, Milch, Butter kennt er nicht; er nährt sich nur von gekochtem Reis mit etwas Fisch, Fett, Geflügel, Gemüse und Früchten. Er trinkt Wasser und zuweilen Thee, den er niemals mit Zucker versüßt. Er kennt weder Wein, noch Bier, noch Spirituosen. Sein größter Luxus sind Lederlein und Kaffereien. Papier braucht er verhältnismäßig viel, aber das bereitet er sich selbst.“

Das ist nun eine Bevölkerung, die weder Eisen, noch Glas, noch Wolle, noch Leder, noch Vieh, noch Lasttier, noch Getreide, noch Milch, Wein oder Alkohol braucht. Was soll nun das wunderbare Absatzgebiet von 400 Millionen Menschen, von dem unaussprechlich die Rede ist? Der Erfolg des Aufstiegs beruht auf dem Reichthum seiner Aushilfskraft. Man vergißt immer diese Wahrheit, obgleich sie doch so einfach ist. Was liegt daran, daß es in Asien ein Land von 11¹/₂ Millionen Kilometer, größer wie ganz Europa, und eine Bevölkerung von 350—400 Millionen gibt, wenn diese Bevölkerung nicht in der Lage ist, etwas zu kaufen? In den Städten lebt der Chinese mit 6 Franken monatlich; auf dem Lande lebt der Arbeiter samt seiner Familie von 25 Centimes täglich. Er baut sein Reisfeld; es läßt sein Flecken Erbe unbenutzt. Trotzdem führt China Reis ein und niemals aus. Die Regierung steht noch auf dem Standpunkt Colberts und verbietet die Reisausfuhr nicht bloß ins Ausland, sondern auch von Provinz zu Provinz. China exportiert für 200 Millionen Seide und für 110 Millionen Thee; der Handel in diesen beiden Waren ist jedoch im rapiden Gang begriffen; namentlich der Thee aus Indien und Japan beginnt den Markt zu beherrschen. Die Schweinebörsen und die Räder können keine große Handelsbewegung verursachen. Wir

Können aber unsere Waren den Chinesen doch nicht umsonst geben", sagte Herr Dunderd in seinem Bericht über die französische Handelsmission in China; "Waren müssen gegen Waren ausgetauscht werden, und sehr auf lange Zeit hinaus nichts, was China uns im Austausch gegen eine stärkere Einfuhr liefern könnte."

Dieses Wort weist dann nach, daß die handelspolitischen Erwartungen, die man in Frankreich an frühere Kriege gegen China geknüpft hat, sich nicht erfüllt haben. Im Jahre 1862 bezog China von Frankreich Waren für drei Millionen, während es ihm für 88 Millionen verkaufte. Der Krieg von 1866, der den Franzosen ein neues Absatzgebiet eröffnen sollte, eröffnete im Gegenteil den Chinesen ein neues Absatzgebiet. Der Krieg von 1884/85 änderte nichts daran. Im Jahre 1898 bezog Frankreich aus China Waren für 130 1/2 Millionen, während es ihm nur für 4 1/2 Millionen verkaufte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Czechische Kundgebungen. Am 26. d. M. fanden in der Nähe von Neuditz und Nachod von mehreren Tausend Personen besuchte czechische Versammlungen statt. Nach Ansprechen von Rednern aller Parteirichtungen wurden Beschlüsse angenommen, welche die Verwirklichung der staatsrechtlichen Forderungen der Czechen verlangen.

Frankreich.

Der Deputierte Mézières, Präsident der Seereschiffskommission, ist im Departement Meurthe et Moselle zum Senator gewählt worden.

Rußland.

Ueber draconische Censurmaßnahmen in Finnland berichtet die "Post" aus Helsingfors: Die auch schon früher streng gehandhabte Censur sei vollends unerträglich geworden unter dem Regime Sobriows. Derselbe hat seit Anfang 1899 den Censoren nicht weniger als 40 Rundschreiben mit der Aufforderung zum schärfsten Vorgehen zugehen lassen. Namentlich Nachrichten über militärische Vorgänge und Ausschreitungen russischer Soldaten seien völlig unterdrückt worden. Ebenso wenig darf eine finnländische Zeitung Gedächtnis, Allegorien, historische Schilderungen und Bittere Sprüche bringen, die eine Eindeutigkeit auf Tagesbegebenheiten enthalten könnten. Wenn die Censur einen Artikel verbietet, muß der Raum durch andern Stoff ausgefüllt werden, aber die Zeitung darf den Lesern nicht mitteilen, daß an der Verspätung, die natürlich bei Censurhindernissen entsteht, die Verantwortlichkeit eines Artikels schuld hat. Im Jahre 1898 betrug die Zahl der unterdrückten Artikel nur 98, im Jahre 1899, dem Beginn der Bobritow'schen Herrschaft, stieg sie plötzlich auf 888, und in diesem Jahre war schon in den ersten fünf Monaten die Ziffer 200 erreicht. Noch schlimmer ist das Verbot des Erleidens von Zeitungen. Von 1867 bis 1898 war nur eine Zeitung verboten worden, aber im Jahre 1899 wurden vier Blätter für immer unterdrückt und 17 Zeitungen wurden 27 mal zeitweise eingezogen, wobei die Zeit der Einziehung von 1 bis 7 Monaten dauerte. Der Schaden, der hierdurch den Zeitungen entsteht, beläuft sich auf Hunderttausende.

Dr. Leyds beim Jaren. Die offizielle russische Telegraphenagentur meldet:

Petersburg, 26. August. Der Kaiser empfing im Peterhof-Palais am 25. August den Gesandten der Südafrikanischen Republik Dr. Leyds in Audienz.

Die Blätter kommentieren den Empfang des Boerengesandten durch Götterchen verschiedenartig. Einige glauben daraus auf die russische Absicht einer Intervention schließen zu sollen, andere sprechen die Vermutung aus, daß der Jar wohl nur beabsichtigt, bei einem beiden Parteien gleich erwünschten Friedensschluß die Rolle des ehrlichen Vermittlers spielen zu wollen. Jedenfalls bedeutet der Empfang Dr. Leyds, der sonst nirgends offiziell empfangen wurde, durch den Jaren eine Zustimmung der Boeren und einen Wink für die Engländer. Ob diese den Wink beachten werden und ob der Jar denselben eventuell einbringlicher wiederholen wird, darüber läßt sich allerdings nichts Bestimmtes vermuten.

Rumänien.

Der Plan einer Revolution, die im nächsten Frühjahr in Mazedonien und Albanien gegen die Türkei losbrechen sollte, soll im Verlauf der gerichtlichen Untersuchung gegen die bulgarischen Verschwörer entdeckt worden sein. Eine derartige Woflegung der bulgarischen Intrigen dürfte zur Verschärfung der Situation beitragen. Obgleich scheinen die Rüstungen in Rumänien und Bulgarien fortzudauern. Ein Telegramm meldet nämlich:

Sofia, 26. August. Gegenüber einer Meldung, daß die bulgarische Regierung Vorbereitungen getroffen habe, um die Donaufestungen Widin, Sifowo und Nicopolis in Verteidigungszustand zu setzen, erklärt die "Agence Bulgare", daß die Wache an der rumänischen Grenze verstärkt worden sei, wie dies auch von rumänischer Seite geschehen sei.

Daß revolutionäre Gattlungen, die sich gegen die Türkei richteten, in Mazedonien hauptsächlich in einem derartigen Umfange vorbereitet worden seien, ist nicht ausgeschlossen. Die Entschlossenheit der bulgarischen, von der Regierung begünstigten Umtriebe liefern ja auf die Vorbereitung Mazedoniens von der Türkei und die Angliederung desselben an Bulgarien hinaus. Hinter Bulgarien stand natürlich wieder Rumänien, dem eine Schwächung der Türkei, wie unlängst in dem mit der bulgarischen rumänischen Krise sich beschäftigenden Artikel ausgeführt wurde, äußerst erwünscht war. — Aus Sofia wird noch gemeldet: Die vom rumänischen Vertreter überreichte und im Circularwege allen hiesigen Vertretungen mitgeteilte Antwort auf die letzte bulgarische Note nimmt Kenntnis von der bulgarischen Bereitwilligkeit zu einer gerichtlichen Verfolgung der Expreßer. Die rumänische Note nennt vorläufig fünf Opfer und zwei überführte Thäter, von denen der eine der Kaiserer, der andre ein Mitglied des macedonischen Komitees in Sofia sei, und spricht die Erwartung aus, daß die bulgarischen Berichte auch die anderen Schuldigen leicht erweisen werden. Die Note konstatiert, daß Opfer, welche kein Bargeld hatten, Wechsel zeichnen mußten, die alle auf den Namen Sarafow, den Präsidenten des Komitees, lauten. Bezüglich des Nordatlantens auf den Rumänen Karadjow in Sofia weist die Note schärfstens die Resultate der bulgarischen Enquete zurück, insbesondere den Vorwurf der bulgarischen Note, nach welchem der Attentäter jede Verbindung mit dem Komitee energisch zurückgewiesen und den Mord als einen privaten, ohne Complices verübten Mord darstellte. Die rumänische Note findet, daß in einem solchen Falle doch nicht die Anklage des Mörders allein maßgebend sei, und sieht in der bulgarischen Auslegung des Falles eine deutliche und verdeckte Stragierung für die Verteidigung und für das Verhalten des Angeklagten. Die Note meint, die Behauptung der bulgarischen Note, die bulgarische Regierung hätte stets korrekten im Sinne der Erhaltung der besten Beziehungen gehandelt, entspreche nicht den Thatsachen, indem in der Verögerung und in dem Aufschub der Verfolgung der Expreßer und Mörder, bis das Beweisstück eintreffe, gerade das Gegenteil erblickt werden könne. Die Note fordert schließlich sofortige gerichtliche Maßnahmen.

Afrika.

Vom Boerenkrieg. Ein erstes Gefecht nahm am Sonntag seinen Anfang.

Das "Nieuwe Bureau" meldet aus Geluksdorp vom 26. August: Gole-Carew befam am Sonntag, nachdem er Velfast besetzt hatte, Fühlung mit der Hauptmacht des Feindes bei

Dalmanutha. Seine Artillerie zerstörte eine Pflanzung östlich von Velfast. Die Boeren erwiderten das Feuer aus weittragenden Geschützen. General French steht in Bullers Platte. Dort fand ein lebhaftes Artilleriegefecht zwischen den Engländern und den Boeren statt. Die Geschütze des Feindes haben eine starke Stellung inne und der Feind beabsichtigt augenscheinlich, um das Gebiet zwischen hier und Machabodorp auf das zäheste zu kämpfen.

Auffallend und nicht gerade für einen englischen Erfolg sprechend ist es, daß über den Ausgang dieses Gefechts, das bereits am Sonntagabend begann, keinerlei nähere Nachricht vorliegt.

Ob die Boeren der letzten Schlappe der Engländer, die diesen ca. 100 Mann an Toten, Verwundeten und "Vermissten" kostete, bereits eine neue, schwerere Hinzugesetzt haben? Ueber den Beginn desselben Gefechts liegt noch folgende Notiz vor:

Einer Meldung der "Morning Post" aus Velfast vom 25. d. M. zufolge nahm Feldmarschall Roberts unmittelbar nach seiner Ankunft am Morgen des 25. August eine Rekonstruktion der Boerenstellung vor, welche sehr stark ist und sich über die Hügelstetten in einer Entfernung von 8000 Yards von der Bahnstation hinzieht. Die Boeren beschossen am Morgen die Truppen Bullers, welche 7 Meilen südlich stehen, ebenso die auf dem äußersten linken Flügel befindliche Brigade Stephenson und richteten auch auf das Centrum der britischen Stellung ihr Geschützfeuer. Die britische Artillerie erwiderte das Feuer in nachdrücklicher Weise.

Feldmarschall Roberts kam am 26. in Velfast an und traf dort mit Buller, Gole-Carew und French zusammen.

Von den Truppen Gole-Carews wurden bei der Besetzung von Velfast am 24. August 14 Mann verwundet. Der Gesundheitszustand der Truppen hat sich bedeutend gebessert (A. Hamilton nahm in der Nähe der Station Viennastriver 13 Boeren gefangen).

Nach unglücklich verlief folgende Nachricht über De Wet: London, 27. August. Eingeborene berichten, daß General De Wet die Orange River Colony wieder erreicht habe. Er hat seinen ganzen Tramp eingebüßt, und seine Streitkräfte sind auf 250 Mann zusammengeschrumpft.

Die Bestialität im Dienste der Mission. Die "Deutsch-Ostafrikanische Zeitung" berichtet aus Beira (portugiesisch Südostafrika), daß dort zum Besten eines Kirchenbaufonds ein "Sterk-lamp" veranstaltet worden sei. Deutsch-Ostafrika lieferte ja dem verstorbenen Cesar Lamann das Material zu seinen berühmten Hängeleuchten — allein ein Sterklamp zum Besten des Kirchenbaus ist auch nicht ohne.

Amerika.

Gewinne der Trusts. Die Agitation gegen die Trusts hat neue Rührung erhalten durch die riesigen Dividenden, welche die "Standard Oil Company" im letzten Jahre verteilt hat. Die Gesellschaft hat seit dem 1. September v. J. folgende Dividenden erklärt: 5 Proz. am 15. September, 10 Proz. im Dezember, 20 im März, 10 im Juni und jetzt wieder 8 Proz. im ganzen also 58 Proz., beinahe doppelt so viel als je zuvor in irgend einem Jahre. Der Anteil des Präsidenten John D. Rockefeller ist allein etwa 11 Millionen Dollar an dieser Dividendensumme, ein fabelhaftes Einkommen, das indessen noch lange nicht alle Einkünfte dieses Robbers repräsentiert. Die Gesellschaft hat in den letzten drei Jahren den Preis ihres Produktes herabgesetzt, daß fünf Gallonen jetzt im Kleinverkauf 60 statt früher 50 Cents kosten.

Zur Geschäftsordnung des Parteitag

geht und mit der Bitte um Veröffentlichung das Nachstehende zu:

Es ist dem Genossen X. (Nr. 107 des "B.") zuzugeden, daß der gegenwärtige Vertretungsmodus auf unsern Parteitagen kein idealer ist, daß er eine gewisse Willkür zuläßt und namentlich einer bürokratischen-demokratischen Schablone nicht recht entspricht. Indes — was er zur Besserung dieses Zustandes vorschlägt, halte ich weder für eine Verbesserung, noch für berechtigt.

Wären wir in der Lage, eine fest geschlossene Parteiorganisation zu schaffen in Vereinsform, dann wäre es einfach und durchaus berechtigt, die Vertretung auf dem Parteitage durch das Abstimmungsrecht zu regeln nach der Zahl der Mitglieder dieser Organisationen. Dann würden wir aber auch, um bei wichtigen Angelegenheiten die Meinung der Mehrheit aller Parteigenossen zur Geltung zu bringen, das System der Urabstimmung einführen. Da eine solche Organisation heute aus gesetzlichen und teilweise auch aus andern Gründen noch nicht im ganzen Reich möglich ist, sehe ich keine Möglichkeit einer Besserung.

Die Zahl der Reichstagswähler zum Reichstag zu nehmen, ist durchaus verfehlt. Wir sehen in der bloßen Abstimmung für einen sozialdemokratischen Reichstagskandidaten noch nicht das Kennzeichen der Zugehörigkeit zur Partei, sondern verlangen laut Organisationsstatut noch mehr von einem Parteigenossen. Nach dem Vorschlage des Genossen X. würden wir den Delegierten der Wahlkreise mit großen sozialdemokratischen Stimmenzahlen eine Vertretergewalt einräumen für Hunderttausende, deren Meinung über parteipolitische Fragen sie niemals zu erfahren in der Lage sind, von denen man nicht einmal weiß, ob ihnen irgend etwas daran liegt, auf die Geschäfte der Parteiorganisation und auf die Parteitattätigkeit Einfluß zu haben.

Nach in den Parteiveranstaltungen der großen Städte mit vielen Hunderttausenden sozialdemokratischer Wähler erscheinen nur einige Hundert, deren Meinung es allerdings zu vertreten gälte, und selbst da fragen die Parteigenossen vielfach und mit Recht, daß unkontrollierbare Elemente in den Versammlungen erscheinen und Einfluß auf die Parteigeschäfte erlangen. Man sucht nach einem Mittel der Kontrolle, um solche Elemente fernzuhalten, die sich nicht als zur Partei gehörig ausweisen können. Um so unbedeutender wäre es, die Delegierten dieser Kreise, die in Wirklichkeit doch aus nur von einigen Hundert, oder meinetwegen auch von tausend Mann beauftragt sind, als die Vertreter von Hunderttausenden zu betrachten, von deren Erweise und lebhaftigkeit die Reichstagswahl-Statistik Kunde gibt. Unsere Parteitage sind nicht Zusammenkünfte von Vertretern sozialdemokratischer Reichstagswähler, sondern die oberste Instanz der Parteiorganisation.

Gewiß wäre es nicht nur undemokratisch, sondern für die Wirksamkeit unserer politischen Aktion höchst schädlich, wenn die tatsächliche Mehrheit der Parteigenossen von der Minderheit auf dem Parteitage majorisiert werden könnte. Das wäre besonders nachteilig bei der Frage der preussischen Landtagswahlen. So sehr ich wünsche, daß wir uns an diesen Wahlen beteiligen, so sehr würde ich doch einen Beschluß des Parteitags auf Beteiligung bedauern, wenn sich herausstellte, daß die Mehrheit der Parteigenossen gegen die Beteiligung ist. Wenn nicht die große Masse der Parteigenossen mit dem Herzen bei der Sache ist, dann wird nicht viel dabei herauskommen.

Aber wie ist denn die Sache in der Praxis? Bekanntlich darf jeder Wahlkreis drei Delegierte nach dem Parteitag schicken. Das bedeutet schon von vornherein ein starkes Uebergewicht der großen und infolgedessen auch wohlhabenderen Wahlkreise. Da jeder Kreis die Kosten seiner Vertretung selbst zu tragen hat, sind die meisten Kreise gar nicht in der Lage, drei Delegierte zu schicken, viele Kreise bleiben überhaupt unvertreten.

Ich nehme Stuttgart zum Beispiel. Auf dem Stuttgarter Parteitage waren laut Protokollliste 162 Reichstagswahlkreise selbständig (Kreise, die ihr Mandat einem andern Delegierten übertragen hatten, rechne ich nicht mit) durch 215 Delegierte vertreten. In den 162 Kreisen waren 1898 rund 1 640 000 Stimmen abgegeben. Da wir in ca. 880 Wahlkreisen rund 2 107 000 bekommen haben, bleiben mehr als die Hälfte der Wahlkreise mit rund 467 000 Stimmen unvertreten. Das zeigt ganz deutlich, daß man die Reichstagswählerlisten nicht mit der Parteiorganisation gleich setzen kann, selbst annähernd nicht, und daß man sie nicht als Maßstab für den Willen der Mehrheit der Parteigenossen gelten lassen kann.

Aber angenommen, es wäre der richtige Maßstab, so läge dennoch für die großen Kreise kein Grund vor, für Berlin und Zettow-Verstow mit rund 207 000 sozialdemokratischen Reichstags-

stimmen waren 10 Delegierte in Stuttgart; 21 hätten sie schicken dürfen. Für Hamburg mit 82 000 Stimmen waren 5 Vertreter anwesend, 9 hätten es sein dürfen. Die Mittel, die zugelassene Zahl von Vertretern zu schicken, können diese Kreise, wenn es gilt, sehr wohl aufbringen.

Sachsen mit seinen 200 000 Stimmen hatte nur 26 Vertreter geschickt; nur wenige der 28 sächsischen Kreise könnten es sich leisten, 8 Vertreter zu schicken.

Bayern mit seinen 48 Wahlkreisen, deren jeder Stimmen für uns abgegeben hat — zusammen 138 000 — schickte nach dem verhältnismäßig günstig gelegenen Stuttgart nur 15 Vertreter; in Hamburg 1897 waren nur 8 Bayern. Nur die Württemberger und Badenser machten von der billigen und für sie so seltenen Gelegenheit Gebrauch, sich ausgiebiger vertreten zu lassen. Sie schickten auf ihre 31 Wahlkreise mit 112 000 Stimmen 35 Vertreter; (in Hamburg waren nur im ganzen 6 Württemberger und Badenser).

Trotzdem wurde, wie sich jeder leicht ausrechnen kann, der Anteil der Berliner an der Vertretung kaum nennenswert unter den allgemeinen Durchschnitt herunter gedrückt. Sie hätten noch über dem Durchschnitt gestanden, wenn sie von ihren statistischen Rechten voll Gebrauch gemacht hätten. Ebenso die Hamburger.

Von einer Majorisierung der großen Kreise durch die kleinen kann also namentlich dann keine Rede sein, wenn man auf dem Standpunkt des Genossen X. steht. Es liegt deshalb gar kein Grund vor, eine derartige Änderung am Organisationsstatut oder an der Geschäftsordnung des Parteitags vorzunehmen.

Partei-Nachrichten.

Der Provinzial-Parteitag für Schleswig-Holstein, Lauenburg, das Fürstentum Lübeck und Hamburg begann am Sonntagmorgen seine Verhandlungen in Kiel.

Zur Debatte gelangte bisher nur der Bericht der Agitationskommission, den Lienau-Reumünster erstattet. Im großen und ganzen ist der Stand der Parteibewegung in der Provinz ein guter und im steten Fortschritt begriffen, wenn auch einige Orte oder Wahlkreise einen Stillstand oder geringen Rückschritt hinsichtlich der politischen Organisation aufzuweisen haben, hervorgegangen aus lokalen Schwierigkeiten oder, wie in Wilsler, durch verloren gegangene gewerkschaftliche Kämpfe.

Vor allem aber ist in allen Kreisen eine Vermehrung der Leser der in Betracht kommenden sozialdemokratischen Zeitungen zu konstatieren.

Eine lobenswerte Hilfe hat vor allen Orten Hamburg durch Zuführung namhafter Geldmittel der Agitationskommission zu teil werden lassen.

An Kleinlichen Chikanen seitens der Behörden hat es, wie überall, auch in unsrer Provinz nicht gefehlt.

Alles in allem darf man mit dem letzten Jahre zufrieden sein. Beschlässe würden noch nicht gefaßt.

Der Kreisstag des Saalkreises, der am Sonntag in Halle tagte, beschloß, den sozialdemokratischen Betreibern mit den Vertrauensmännern in Zukunft als die offizielle Vertretung der Partei am Orte anzusehen. Ferner wurde beschlossen, sich dort an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen, wo eigne Wahlmänner der Partei aufgestellt werden können.

Die Parteigenossen des Bochumer Kreises beschlossen in ihrer Wahlkreisversammlung, eine einheitliche Kulturmarkte für den ganzen Wahlkreis einzuführen und zwar in Höhe von 20 Pf. pro Monat. In Parteiveranstaltungen, wo es sich um interne Angelegenheiten der Partei handelt, sollen nur Genossen zugelassen werden, welche sich durch ihre Kulturmarkten ausweisen.

Zur Frage der Landtagswahlen trat man durch Annahme einer Resolution dafür ein, daß entweder ein Wahlkomitee oder der Parteivorstand die Kreise bestimme, wo wir durch Aufstellung eigener Wahlmänner an den Wahlen teilnehmen und daß auch die Verhandlungen mit den Parteien nur von dieser Stelle aus geführt werden sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Berliner Metall-Industrielle und Beschäftigter-Aussperrung.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen macht gemeinsame Sache mit den hamburgischen Werkkapitalisten. Er versendet an seine Mitglieder folgenden Tagesbefehl:

Hierdurch teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß folgende Arbeiter bis auf weiteres gesperrt sind und daher in den Betrieben unseres Verbands nicht eingestellt werden dürfen:

Alle Arten von Arbeitern aus Hamburg, Altona, Ottensen und Umgegend und ersuchen, Ihre mit Annahme der Arbeiter betrauten Beamten, Meister etc. entsprechend anzuweisen zu wollen.

Verband Berliner Metall-Industrieller.

Der Geschäftsführer: Kieffel.

In zweifelhaften Fällen wollen Sie vor der Einstellung entweder bei unsrer Nachweisstelle telefonische Erkundigung (Amt III, 1425) eingeholen oder uns die betreffenden Arbeiter mittels **Handzettel** zur Kontrolle senden (Invalidentkarte und Abgangsbescheinigungen sind mitzubringen), damit Wiederentlassung zu Unrecht Eingestellten vermieden wird.

Solchen Arbeitern, welche aus irgend einem Grunde nicht eingestellt werden dürfen, wird diesbezüglich **überbrachte Handzettel** nicht wieder ausgehändigt und die betreffende Firma sofort telephonisch vom Gewerde der Verweigerung benachrichtigt.

Die Arbeiter werden sich das Vorgehen der Unternehmer zum Muster nehmen und auch ihrerseits allem Geschie über "Terrorismus" zum Trotz alle Mittel aufbieten, um ihren Kameraden in Hamburg zum Siege zu verhelfen. Der "Terrorismus" des Unternehmertums kann nur gebrochen werden durch die Energie der organisierten Arbeiter.

Die Möbel- und Expeditionsfutcher der Firma Gustav Knauer, Wichmannstr. 5, haben am Montag früh, 24. Mann an der Zahl, sämtlich die Arbeit eingestellt. Dieselben hatten schon an zwei vorausgehenden Sonntagen ihren Arbeitgeber zu bewegen versucht, ihre monatlichen erbärmlichen Löhne etwas aufzubessern. Dieselben betragen bis jetzt für ältere Möbelfutcher nach den üblichen Maßstäben 20,50, für jüngere 18,50 M. Für die Expeditionsfutcher 22,50, bezugleich für die jüngeren 16,50 Mark und dies bei einer Arbeitszeit von morgens 6 Uhr ohne geregelte Pausen bis abends 10—11 Uhr und noch manchmal weiter hinaus. Die Futcher verlangen jetzt für beide Kategorien: I. 28 M. Lohn die Woche nebst folgendem Spesenlohn für auswärtige Fahrten; des Nachts 1,50 M., am Tage 3 M. nebst den bis jetzt üblichen Trinkgeldern. II. Für neue eintretende Futcher 25 M. Anfangslohn, nach drei Monaten 27 M., nach 1/2 Jahre 28 M. nebst demselben Spesenlohn wie für die alten Futcher. III. Die Arbeitszeit soll von morgens 6 bis 8 Uhr abends dauern, jede Stunde darüber hinaus soll mit 50 Pf. vergütet werden. Für Sonntagarbeiten des Sonntags pro Fuhrer 1 M. Die Sonntagarbeit soll vormittags 10 Uhr beendet sein. Stallwachen und Flötzer der Pferde soll Sonntags von den Aufsichtern nicht verlangt werden. Weiter verlangen die Futcher, daß keine Wahlregelung vorgenommen wird. Der Herr Knauer hat sich auf hohe Forderungen gesetzt und auch nicht die mindesten Zugeständnisse gemacht, trotzdem die Arbeiter sich zweimal erboten, mit ihm zu verhandeln, um die Sache friedlich zu regeln. Er setzte sofort die Polizei in Bewegung und unter Bedrohung gelang es ihm, mit einem Hausdiener und zwei Komptoiristen drei Gespanne um 10 Uhr vormittags vom Hof zu bringen; sämtliche Möbelpäder und Arbeiter, an die Herr Knauer die Zumutung stellte,

Streikbrecherdienste zu leisten, hatten dies abgelehnt. Aus den Reihen der Kaufleute ist kein Streikbrecher zu verzeichnen. Am Mittwochabend 9 Uhr findet eine Versammlung in den Arminkassen statt. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Leipziger Buchbindergehilfen haben am 26. August in einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, dem Antrag der Prinzipale, den alten Tarif bis 31. März 1901 zu verlängern, nicht stattzugeben, bevor nicht die Unterlagen der von den Unternehmern aufgestellten Tarifvorlage bekannt gegeben sind. Die Tarifvorlage der Prinzipale soll von der Gehilfenkommission innerhalb acht Tagen eingefordert, und, nachdem mit den übrigen in Frage kommenden Städten hierüber ein Meinungsaustausch stattgefunden hat, einer öffentlichen Versammlung zur endgültigen Beschlussfassung unterbreitet werden. In der Unternehmerversammlung am vorigen Mittwoch ist bereits die Rede davon gewesen, die Gehilfen durch Aussperrung und Hungerkuren zur Anerkennung der von den Prinzipalen ausgearbeiteten Tarifvorlage zu zwingen. Vom 1. September ab wird jede Hebergeleitarbeit verweigert, bis die Tarifangelegenheit zur Zufriedenheit der Gehilfen geregelt ist.

Lohnbewegungen in Offenbach. Da die Arbeitgeber im Barbierberuf, trotzdem ihnen nach einer am 1. Juli eingetretenen Preisverhöhung eine achtwöchige Frist zur endgültigen Normierung eines Minimallohns für die Gehilfen bewilligt worden war, sich nicht bemüht fühlten, diesem Verlangen nachzukommen, so wurde in einer öffentlichen Arbeiterversammlung das Gewerkschaftsstatut beauftragt, alle die Arbeitgeber bekannt zu geben, die den von den Gehilfen acceptierten Minimallohn von 10 M. bezahlten. Bis jetzt verstanden sich die meisten Meister nur zur Annahme eines Maximallohns von 10 M. Man hofft nunmehr mit Hilfe der Arbeiterschaft die Meister zum Nachgeben zu bringen. — Die gut organisierten **Galanteriefabrikanten** traten Sonntagmittag in einer stark besuchten Versammlung nach einhelliger Erörterung in eine Lohnbewegung ein. Die Hauptforderungen sind: Neunstündige Arbeitszeit (bisher 10 Stunden), Minimallohn von 18 M. anstatt bisher 15 M., entsprechende Aufbesserung der Accordsätze, Freigabe des 1. Mai, Regelung des Lehrlingswesens zur Unterdrückung der Schmutzkonturrenz. Vor allem sprach man sich besonders auch für die schärfste Bekämpfung der Heimarbeit in dieser Branche aus. Zur wirksamen Durchführung der aufgestellten Forderungen beschloß man, von nächster Woche an einen Beitrag zum Streikfonds von 5 Pf. pro 1 M. Verdienst zu bezahlen. Diese Woche wird 1 M. Extrabeitrag erhoben, von dem die Hälfte den streikenden Militärärzten Berlins überhandt werden soll. Die Stimmung der Versammelten war eine recht zufriedliche.

Ausland.

Ein internationaler Kongress der Schneider und Schneiderinnen soll vom 21. bis 23. September in Paris tagen. Die Einberufung geht von der „Gewerkschaft der Schneider und Schneiderinnen von Paris“ aus, die ihren Sitz in der „Arbeiterbörse“ hat.

Die Einladung lautet:

Kollegen, Kolleginnen!

Wir laden hiermit die Kollegen aller Länder zu dem **internationalen Kongress der Schneider und Schneiderinnen** ein, der vom 21. bis 23. September in Paris stattfinden soll. Wir erwarten, daß die Fachorganisationen sich so zahlreich als möglich durch Delegierte vertreten lassen, da es dringend notwendig geworden ist, unsere Lage gemeinsam zu besprechen. Wir erlauben die Vorsitzenden der Organisationen, uns baldigt mitzuteilen, auf wie viele Delegierte wir zu rechnen haben, damit wir für Teilnehmerkarten usw. rechtzeitig Sorge tragen können.

Die Tagesordnung des Kongresses lautet:

1. Regelung der Arbeitszeit.
2. Lohnfrage.
3. Abschaffung der Gefängnis- und Kasernenarbeit.
4. Bekämpfung der Hausindustrie.
5. Errichtung von Betriebsvereinstäten.
6. Streiks.
7. Föderation aller Gewerkschafts-Organisationen der Schneider und Gründung einer Centrale.

Die Kommission.

Gilbert Rougeron, Sekretär.

Adresse: Chambre syndicale des Ouvriers et Ouvrières Tailleurs de Paris, Bourse Centrale du Travail, Rue Châteaud'Eau 8, Paris.

Die Fach- und Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

In die Mauer Deutschlands!

Wegen einer Lohnreduktion von 10 Oere, d. h. von 45 auf 35 Oere per Stunde, sind die Mauerer in Gothenburg in Schweden in Streik getreten. Der Streik begann am 14. August und umfaßt etwa 400 Mauerer. Die Bauarbeiter wollten Arbeitskräfte vom Ausland holen, und deshalb erlauben wir alle Kollegen, nicht nach Gothenburg zu reisen. Die Arbeitsverhältnisse im Mauererfach sind übrigens auf den meisten Plätzen in Schweden schlecht.

Der Vorstand des schwedischen Mauererverbands.

Rik Sversson.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Marseille, 27. August. 2500 Fuhrlente und Auflader beschloßen in den Ausland einzutreten. Die Fuhrt derselben umfaßt 6000 Mann.

Verbandstag der Schneider.

Halle a. S., 26. August.

Die heutige letzte Sitzung gestaltete sich sehr umfangreich, indem noch viele Punkte zu erledigen waren. Ueber die Lohnbewegungen der letzten Jahre und die Stellungnahme zu den zukünftigen Lohnbewegungen referierte der Verbandsvorsitzende Holzhauser, der im Interesse des sich stärkenden Verbands und um Niederlagen und Misserfolge zu vermeiden, vor unüberlegten Arbeitniederlegungen warnte. Ein vom Hauptvorstand vorgelegtes Streikreglement, in dem das Verhalten bei Streiks und Aussperrungen festgelegt wird, wurde angenommen. Zu dem Punkt: „Bericht über den dritten allgemeinen Gewerkschaftskongress und Stellungnahme zu dessen Beschlüssen“ wurde folgende vom Redacteur Stähmer eingebrachte Resolution angenommen:

„Der Verbandstag erklärt sich mit den Beschlüssen des dritten Gewerkschaftskongresses einverstanden und beschließt, das Verhältnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nach wie vor bestehen zu lassen.“ Die Punkte Agitation sowie Beratung und Beschlussfassung über die gestellten Anträge zur Änderung der Statuten boten kein öffentliches Interesse. Nach der Beendigung der Vormittags-sitzung verabschiedete sich der Delegierte Gion aus Wien mit einem Hoch auf die Solidarität und die Sozialdemokratie. In der Nachmittags-sitzung wurden meist interne Verbandsangelegenheiten besprochen. Als Sitz des Vorstands wurde wieder Stuttgart und als Sitz des Ausschusses Mannheim bestimmt. Die Gehälter der beiden Hauptvorstandsbeamten wurden auf je 2100 M. erhöht. Als Vorsitzender und Kassierer wurden Holzhauser und Kämin g einstimmig wiedergewählt. Damit hatte der Verbandstag seine Arbeiten erledigt. Der die letzte Sitzung leitende Vorsitzende Boh n - Berlin schließt 8 Uhr abends mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsorganisation, in welches die Versammelten begeistert einstimmten.

Veranstaltungen.

Eine öffentliche Versammlung der Ristenmacher fand am Sonntagabend im Gewerkschaftshaus statt. J u d e l gab über den Verlauf des Streiks einen kurzen Bericht und empfahl der Versammlung im Namen der Kommission, den Streik für aufgehoben zu erklären. Die Werkstellen von F r u g h und E r d m a n n würden in nächster Zeit auch ohne Streik gewonnen werden, da nur noch 56 Kollegen im Ausstand seien; es wäre zwecklos, den Kampf in die Länge zu ziehen. Zu längerer Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen die Aufhebung des Generalstreiks aus; es wurde angeführt, daß die beiden genannten Firmen nur mit ungelerten Leuten arbeiteten und auf die Dauer nicht existenzfähig wären. Ein Antrag, den Generalstreik mit aller Energie weiter zu führen, wurde hierauf einstimmig und unter großem Beifall angenommen. Zur Regelung der Unterstützungsfrage wurde folgendes beschlossen: Unverheiratete erhalten wöchentlich zwölf Mark, Verheiratete dasselbe und für jedes Kind außerdem eine Mark. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, den Beschluß der Versammlung vom 18. August, wonach jeder eine Mark Streikbeitrag zu zahlen hat, gewissenhaft zu beachten.

Die Einseger Berlins waren am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshaus versammelt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde unsrem vor vierzehn Tagen zu Grade getragenen Vorlämpfer Liebnecht die übliche Ehrenbezeugung erwiesen. Als Punkt 1 war angelegt: „Bericht über den Stand untrer Arbeitsverhältnisse und des Verhalten der Arbeitgeber.“ Aus dem Unternehmernorgan „Der Tischlermeister“ wurde ein Artikel verlesen, der sich mit dem allgemeinen und beruflichen Verhalten der Einseger beschäftigt. Dieser Artikel sprogt von Unfähigkeiten und Thorheiten und zeigt, auf welchem sittlichen Tiefstand das Unternehmertum steht. In dem Artikel, „Ein Rostschrei“ überarbeiten, wird gesagt, die Einseger seien meistens „schiffbrüchige Existenzen“, „arbeitslose Individuen“, „Leute, die mit allen Hunden gehetzt“, ihr Geld in den Aneipen vertrieben. Weiter „Leute, die den Meister belügen, betrügen, hintergehen“ und nur darauf bedacht sind, ihm „hinterlistig Schaden zuzufügen“. In diesem Ton geht es fort; der anderhalb Spalten lange Artikel ist so niedrig gehalten, daß die Versammlung beim Verlesen ihrer Enttäuschung durch höhnischen Ausdruck gab. Um aber den noch indifferenten und nachlässigen Kollegen vor Augen zu führen, wessen man sich von den Unternehmern zu versehen hat, wenn nicht eine starke Organisation die Arbeiter schützt, wurde einstimmig beschlossen, dieses Elaborat den Einseger und Bauhilfen durch ein Flugblatt allgemein bekannt zu geben.

Bei Sonnabend sollen Zimmerer Arbeiten der Einseger machen; es wurde beschlossen, die Organe der Zimmerer zu Remedur zu bringen. Die Kollegen der Firma Mittag, Joachimshalerstraße, erhielten eine Klage, weil sie fortwährend Ueberstunden arbeiten; es wurde ihnen aufgegeben, unter Zugziehung von Vertrauensleuten in einer Betriebsversammlung auf schleunige Abschaffung dieses Mißstandes hinzuwirken. Ferner wurde das „Prozentmeister-System“ getadelt, das bei Kuhnert und Kühne besteht. Die Angelegenheit wird der Arbeiter-Kommission übergeben. Die Versammlung beschloß sich dann noch mit dem Verein der Einseger Berlins; diese Lokalorganisation hat den zwischen Centralverband der Bauhilfenmeister Berlins und Holzarbeiter-Verband für Berlin festgesetzten Tarif nachdrücklich lassen und geriet sich nun als der eigentlich vertragsschließende Teil der Arbeiter. Es soll untersucht werden, ob dies aus eigenem Antrieb oder nach Unterhandlungen mit den Unternehmern erfolgt ist. Die Kollegen wurden noch darauf hingewiesen, bei Arbeitslosigkeit stets den Verbandsnachweis zu benutzen. Nach einer Aufforderung, stets die Morgenprache fleißig zu besuchen, wurde die Versammlung 12 Uhr geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 26. August eine außerordentliche Mitgliederversammlung an. Zunächst nahm man zu der Frage Stellung, ob die Mitglieder, die bei Arbeitsentstellungen der Bauarbeiter (Steinträger, Hilfsarbeiter etc.) arbeitslos werden, unterstützt werden sollen. Kaufmann, Meyle, Pauer, Schö n und andre traten dafür ein, daß man dem Vorgehen des Verbands deutscher Maurer, der seine Mitglieder in solchen Fällen unterstützt, nicht folgen solle. Man ging hierbei von folgenden Erwägungen aus:

Der Verein solle eine Kampforganisation sein. Daran sei immer festgehalten worden. Nur wenn die Kollegen am Kampfe teilzunehmen, wäre deshalb eine Unterstützung zu gewähren. Eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit infolge Streiks der Bauarbeiter sei nichts anderes als eine Arbeitslosen-Unterstützung. Diese wäre aber nicht Sache der Arbeiterorganisation, die dadurch nur belastet würde. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung läme den Kommunen und dem Staat zu. Eine Unterstützung, wie sie der Verband eingeführt habe, schwäche die Kampfkraft der Kollegen. Anstatt in den fraglichen Fällen für das Ausbleiben vom Unternehmer eine Entschädigung zu fordern und so indirekt zu Gunsten der streikenden verwandten Berufsgenossen einen Druck auszuüben, verließen sie sich auf die Unterstützung aus den eigenen Kassen. Solcher Verumpfung müsse vorgebeugt werden. Selbstverständlich wären die Kollegen dann zu unterstützen, wenn sie aktiv für die angeständigen Bauarbeiter eintreten. Der Vorstand hätte von Fall zu Fall die erforderlichen Feststellungen zu treffen.

Der Vorsitzende G e h l steht im Prinzip auf dem Standpunkt der Vorredner, d e f i n i e r t aber aus tatsächlichen Gründen die von ihnen bekämpfte Unterstützung. Sie sei im Interesse des Vereins geboten, denn die Mitglieder nähmen vielfach daran Anstoß, daß sie nicht unterstützt würden, wo der Verband Unterstützungen gewähre. Dem mühte man Rechnung tragen, sonst wäre eine Schwächung der Organisation zu befürchten. — Verschiedene Redner sprachen dann noch gegen die Unterstützung, während einige die Bedenken Gehls teilten. — Nach beinahe zweistündiger Debatte wurde gegen eine erhebliche Minorität beschlossen:

„Die Versammlung hält an dem bisherigen Prinzip in Sachen der Arbeitslosen-Unterstützung fest, weil die Einführung einer solchen zur Verfassung der Arbeitermassen führen würde. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß überall da, wo unsere Kollegen in Aktion treten müssen, die Maßregelungs-Unterstützung beizubehalten ist, wenn seitens der Kommission ein Qualifikations für notwendig erachtet wurde.“

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: **Ist es zulässig, daß Maurerarbeiten von P u g e r n in Accord ausgeführt werden?** Gehl berichtete über verschiedene Fälle, wo organisierte P u g e r Arbeiten, die für gewöhnlich von Maurern geleistet werden, in Accord übernommen oder ausgeführt haben. Dies ist nach seiner Meinung unzulässig, da die organisierten Maurer jede Accordarbeit ablehnen und bekämpfen. Man sei mit der Kommission der P u g e r in Verhandlungen getreten und die Kommission sei auch im Sinne der organisierten Maurer eingeschritten. Indessen habe die Organisation der P u g e r einige ihrer Mitglieder, die deutsch Maurerarbeiten in Accord leisteten, nicht ausgeschlossen, das sei auffällig und erfordere Maßnahmen gegenüber dem ferneren Verhalten der P u g e r -organisation. Gegen diese, und nicht gegen die einzelnen P u g e r, mühte energisch vorgegangen werden, wenn sie nicht in Zukunft dem geringsten Mißstand vorzögen. — Meyle und D i e r i c h sprachen sich in demselben Sinne aus.

Die Versammlung beschloß einstimmig, künftig „ein wachsendes Auge auf die Bewegung der P u g e r zu haben und bei Fällen, die wieder den ganzen Beruf schädigen, ganz entschieden gegen die Organisation der P u g e r vorzugehen.“

Ein Antrag, daß der Vorstand mit der Verbandsleitung und der Leitung der Bauarbeiter zusammentreten solle, um gemeinsam mit ihnen über das Vorgehen gegen die Accordmurer zu beraten, wurde durch die Erklärung des Vorsitzenden erledigt, daß der Vorstand demgemäß handeln werde.

Beschlossen wurde, vom 4. Quartal ab Aufnahmemarken a 30 Pf. einzuführen. Die Mitglieder K i e m a n n, S c h u l z e und

G r a n s o w wurden wegen unsozialen Verhaltens während des Hiesenerstreiks ausgeschlossen. — Am 1. September findet bei Road, Brunnenstraße 16, ein Sommerachtsball der Zahlstelle Nord statt.

Stummelsburg. Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Weigel öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Vortrag über „Streiksätze durch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und die nächsten Ziele der deutschen Gewerkschaften.“ Referent: W i e n t h o l.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

China.

Paris, 27. August. (W. Z. B.) Die Regierung erhielt ein Telegramm des Generals Frey, in welchem dieser mitteilt, er habe sich am 16. d. M. zusammen mit den Russen des Tschonensisches Thores bemächtigt, welches von einer starken Manchchur-Truppe verteidigt wurde. Frey nahm sodann mit Hilfe eines Bataillons Japaner das Sijon-Thor nach lang dauerndem Widerstande und entsetzte den Beitaug. Der ganze Teil Pekings zwischen der Marmorbrücke, dem kaiserlichen Palast und dem Beitaug war voll von **Veranschungen**, welche zahlreiche Chinesen hartnäckig verteidigten. Frey hatte den ganzen Tag einen sehr anstrengenden Strakenkampf zu bestehen. Der französische Gesandte und das Personal der französischen Gesandtschaft folgten Frey überall. Nach sehr heftigen Kämpfen besetzte die Kolonne den Kohlenhügel. Vier Soldaten wurden getötet, 2 Offiziere und 3 Soldaten verwundet. Die Russen und Japaner hatten ebenfalls tote und Verwundete. Frey spricht sich sehr anerkennend über die Haltung der Truppen aus, welche über 500 Chinesen töteten.

Paris, 27. August. (W. Z. B.) Der französische Konsul in Shanghai meldet telegraphisch: Die Kaiserin-Witwe, der Kaiser und Prinz Tuan befinden sich in der Provinz Schansi. Eine Gruppe von **Rissionaren und Ingenieuren** in Tschengtsinfa, südwestlich von Peking, war am 20. August noch am Leben, doch meldeten sie, daß ihre Lage kritisch sei.

Rom, 27. August. (W. Z. B.) Den Blättern zufolge telegraphierte Admiral Cambiani, daß nach Meldungen des Befehlshabers Salvo-Raggi die Lage in Peking unverändert sei und es sich ferner bestätige, daß zwischen Peking und Tientsin kleinere Gefechte stattgefunden haben. Admiral Cambiani meldet ferner, daß bereits zahlreiche **chinesische Gefangene** in Tientsin ankommen. Oberbatschil werde auch ein Verproviantierungsdienst für die verbündeten Truppen eingerichtet, welche Peking besetzt haben. Eine Abteilung des japanischen Geniecorps sei in Taku gelandet und werde damit betraut werden, die Eisenbahnlinien wieder herzustellen.

Washington, 27. August. (W. Z. B.) Der amerikanische Gesandte Conger telegraphierte heute über Taku: Mit meiner letzten Depesche sind keine wichtigen Bewegungen erfolgt. Die Militärbehörden bemühen sich, die Ordnung wieder herzustellen. Bisher ist noch kein Vertreter der chinesischen Regierung hier aufgefunden worden, es sollen jedoch mehrere Beamte des Tung - li - Namen in Peking sein und man erwartet, daß sie bald an die Öffentlichkeit treten werden. Die Generale haben beschlossen, den Kaiserpalast nicht zu betreten, sondern ihn unbesetzt zu lassen. Heute sind **2000 Deutsche** hier eingetroffen.

Der Boerenkrieg.

London, 27. August. (W. Z. B.) Lord Roberts telegraphiert aus Belfast vom 26. August, 11 Uhr nachts: Wir sind den größeren Teil des heutigen Tags über in einem Umkreise von 80 englischen Meilen in ein Gefecht verwickelt gewesen. Die Division Littleton mit zwei Kavallerie-Brigaden, das Ganze unter General Buller, manövrierte im Südosten von Dalmatien. French marschierte mit zwei Brigaden Kavallerie nordwärts, auf der westlichen Seite von Belfast vorbei, und trieb den Feind nach Belenlei an der Straße Belfast-Lydenburg zurück. Als General French Belenlei erreicht hatte, rückte General Buller mit seiner Gardebrigade zur Unterstützung von Belfast aus vor. Der Feind, der augenscheinlich von Norden und von Osten **bedeutende Verstärkungen** erhalten hatte, leistete sowohl Bullers als auch Bullers Vormarsch hartnäckigen Widerstand und hatte drei Geschütze von der Art des „langen Tom“ sowie viele andere Artillerie im Gefecht. Das Feuer war sehr heftig und dauerte bis zum Einbruch völliger Dunkelheit fort. Buller hofft, daß seine Verluste nicht über 40 Mann betragen werden. Von den übrigen Truppenteilen sind noch keine Verluste gemeldet. Die Boeren leisten **entschlossenen Widerstand** und haben eine große Zahl von Geschützen zusammengebracht. Das Gelände ist schwierig und **wohlgeegnet für die Taktik der Boeren**, aber ungünstiger für die Verwendung unserer Kavallerie, als dies nach unserer bisherigen Erfahrung irgendwo der Fall gewesen.

London, 27. August. (W. Z. B.) Feldmarschall Roberts meldet aus Belfast von heute: Der Feind griff gestern Windurg von drei Seiten an, wurde aber von Bruce Hamilton mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Dabei wurde **General Olivier** mit seinen drei Söhnen gefangen genommen.

Hamburg, 27. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Drei Passagiere des Hamburger Postdampfers „Marie Wernann“, Kapitän Schade, nämlich: Schlossermeister Mehl, Maurer Schwurbbe und Maurer Müller, sind beim Landen in S w a l s y m u n d (Deutsch-Südwest-Afrika) in der Orundung **ertrunken**.

Telmold, 27. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Durch Losgehen einer Kartusche bei der hier in Quartier liegenden vierten Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 58 wurden heute nachmittags zwei Kraben an Kopf, Händen und Beinen schwer verletzt.

Breslau, 27. August. (W. Z. B.) Die „Schlesische Zeitung“ schreibt, die fiskalische Centralverwaltung in Oberschlesien habe beschlossen, zum kommenden Winter **keine Steigerung der Kohlenpreise** vorzunehmen und auch auf den üblichen Winterzuschlag zu verzichten.

Wien, 27. August. (W. Z. B.) Aus **Trandvaal** trofen hier 55 von den Engländern aus Johannesburg **angezwungene österreichisch-ungarische Unterthanen** ein. Sie beabsichtigen, bei dem Minister des Auswärtigen Grafen Goluchowski wegen der Ausweisung Beschwerde zu erheben und durch das Auswärtige Amt ihre Schadenersatz-Ansprüche gegen die englische Regierung geltend zu machen.

Lemberg, 27. August. (W. Z. B.) Die Stadt Ichnow ist zur Hälfte **niedergebrannt**; etwa 1000 Personen sind obdachlos.

Stockholm, 27. August. (W. Z. B.) Die heute in Gegenwart des Kronprinzen, des Fürzen Karl, sowie mehrerer Minister und Mitglieder der Akademie der Wissenschaften geöffnete, bei Island aufgefundenen **Audrée-Boje** erhielt **keinerlei Nachricht**.

An der Boje fehlte wie bei der früher gefundenen das Oberstück. Das Kupfernetz der Boje war durch Fischgraudung oder Stoch gegen die Rüste aus seiner Stellung gerissen. Die Boje war überhaupt stark beschädigt. Auf der Unterseite der Boje befanden sich eine Menge kleiner Krebstiere, welche nach der Auslage des Feinherrn Nordenskiöld sich immer in Eisener an die Schiffe ansetzen.

Paris, 27. August. (W. Z. B.) Nach einer Meldung der Abendblätter überfandte die hiesige Polizei der Staatsanwaltschaft in Mailand die den Kufenthal **Redacts** in Favre und Paris betreffenden Aktenstücke, welche wichtige Aufschlüsse über die **Vorgeschichte des Attentats** enthalten.

London, 27. August. Dem hiesigen Bureau wird aus **Glasgow** gemeldet, daß eine aus Vater, Mutter und Kind bestehende Familie, bei welcher **Verkrüppel** konstatiert worden sei, unter Beobachtung der dortigen ärztlichen Behörden stehe.

Rom, 27. August. Wie die Agenzia Stefani meldet, ist der **Psarrer von San Sebastian (Rom)** unter der Anklage der **Verherrlichung des Königsmordes** verhaftet worden.

Partei-Konferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Die Konferenz tagte am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses, der mit roten Fahnen und Draperien geschmückt war.

In das Bureau wurden gewählt: Als Vorsitzende Grasshold-Berlin VI und Liebrandt-Friedeberg, als Schriftführer Bräusch-Strasburg, Neudeck-Brandenburg.

Vor Eintritt in die Verhandlungen gedachte der Vorsitzende Grasshold unseres verstorbenen Vorkämpfers Liebknecht, dessen Andenken die Anwesenden durch Erheben von den Sitzen ehrten.

Hierauf wurde eine Mandatprüfungs-Kommission gewählt. Dieselbe besteht aus den Genossen: Marx-Berlin VI, Gantner-Berlin, Schwedt a. O., Karow-Treptow, Berger-Rottbus, Langer-Rüsterwalde.

Nunmehr wurde eine Geschäftsordnung, sowie folgende Tagesordnung angenommen.

- 1. Bericht der Agitationskommission. Referent: Hermann Schubert. 2. Diskussion. 3. Wie organisieren sich die Landarbeiter der Provinz Brandenburg? Referent: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen. 4. Diskussion. 5. Agitation und Organisation. 6. Die Presse. 7. Anträge.

Der Kassenbericht der Agitationskommission für die Zeit vom 15. September 1899 bis 15. August 1900 liegt den Delegierten gedruckt vor. Er lautet:

Table with financial data: Bestand am 15. September 1899, Mark 690,13; Aus den Berliner Wahlkreisen; I. Kreis 900,-; II. 1000,-; III. 800,-; IV. Ost 750,-; IV. Süd-Ost 750,-; V. 800,-; VI. 1800,-; Aus dem Kreise Nieder-Barnim 500,-; Teltow-Weeslow 150,-; 5850,-

Table for 'Für Kalender „Märkischer Landbote“': Nieder-Barnim 400,-; Teltow-Weeslow 400,-; Sorau-Forst 170,-; Rottbus-Spremberg 150,-; Frankfurt-Lebus 120,-; Westhavelland 100,-; Osthavelland 150,-; Franz Westow, Berlin 8,-; 1498,-

Table for 'Für den Kalender „Märkischer Landbote“': Broschüren, Flugblätter etc. 450,95; 'Die Fadel' (Redaktion, Expedition, Druck, Verlagskosten) 2588,24; Agitation in der Provinz 661,20; den Kreis Teltow-Weeslow 250,-; Referenten und Besichtigungen der Kreis-Konferenzen 779,70; Porto, Depeschen, Schreibmaterial etc. 71,25; Diverses 37,05; Gesamt-Ausgabe Mark 8847,59

Table for 'Bilanz': Gesamt-Einnahme Mark 9658,16; Gesamt-Ausgabe 8847,59; Bestand Mark 810,57

Bericht der Agitationskommission.

Schubert-Schöneberg: Ohne zu übertreiben, können wir sagen, daß die Maßnahmen, welche die Agitationskommission zur Ausbreitung unserer Ideen in der Provinz gethan hat, einen guten Erfolg gezeitigt haben.

Der Kalender „Märkischer Landbote“ ist in 200 000 Exemplaren verbreitet worden, er soll auch in diesem Jahre in gleicher Auflage verbreitet werden.

Der vorjährige Beschluß, wonach wir in jedem Kreise jährlich 2 Frauenversammlungen abhalten sollten, ließ sich beim besten Willen nicht ausführen, weil es an geeigneten Referentinnen fehlte.

Über den Umfang der Korrespondenz der Kommission giebt folgendes Aufschluß: Es gingen ein 489 Briefe, 237 Karten, 6 Depeschen, Abgesandt wurden: 531 Briefe, 122 Karten und 5 Depeschen.

Die Diskussion wird eröffnet. Scholz-Berlin II bemerkt, der Kreis Jand-Belzig habe der Kommission keine Nachrichten über die dortigen Verhältnisse zugehen lassen.

Kadler-Ruppin-Templin wünscht, daß die Kommission mehr polnische Flugblätter nach seinem Kreise sende. Dieselben sollen unter den polnischen Hiegelei-Arbeitern von Zebdenitz verbreitet werden.

Morawski-Berlin (Vertreter der polnischen Genossen) führt aus, daß die Verbreitung polnischer Flugblätter guten Erfolg gehabt habe.

Berger-Rottbus berichtet namens der Mandatprüfungs-Kommission, daß alle Wahlkreise der Provinz vertreten seien, und zwar durch 64 Delegierte.

Wie organisieren sich die Landarbeiter? Das Referat erstattet Stadthagen: Bei der Frage, wie die Landarbeiter zu organisieren sind, handelt es sich nicht darum, eine Schablone für die Organisation zu geben.

Wir haben in unserer Provinz, die eine überwiegend ländliche ist, verschiedene Vereine von Landarbeitern gegründet, auch solche von Landarbeitern und Kleinbauern zusammen.

Der Referent führt nun an der Hand der Betriebsstatistik von 1895 aus, daß die Provinz Brandenburg ein überwiegend Landbau treibendes Gebiet sei.

Für unsere Propaganda komme neben dem eigentlichen Landarbeiter noch der Kleinbauer in Betracht, der so wenig eignes oder gepachtetes Land bewirtschaftet.

Die Arbeitsgelegenheit für die Landarbeiter ist wesentlich erschwert worden durch künstliche Maßnahmen. Erstens verdrängt man die einheimischen Arbeiter mehr und mehr zu verdrängen, indem man Ausländer heranzieht.

Zweitens wird die Arbeitsgelegenheit erschwert, indem man in manchen Orten Gesangsgebräute, ich möchte sagen Mißbräute, um die freien Arbeiter zu verdrängen.

Aus den amtlichen Festsetzungen des ortsüblichen Tagelohns der Landarbeiter, die der Redner von allen Kreisen der Provinz anzieht, geht hervor, daß sich dieselben für Männer um 1,50 M., für Frauen um 90 Pf. herum bewegen.

Bei der Agitation ist auch zu berücksichtigen die Art der Entlohnung: ob Accord oder Tagelohn, ob Naturalien oder Wohnung gewährt wird, wie die Arbeitszeit festgesetzt ist usw.

Die Interessengemeinschaft, die früher zwischen Bauer und Arbeiter bestanden haben mag, als die Löhne noch in Naturalien gewährt wurden, ist zu einem Interessengegensatz geworden.

Bei unserer Agitation ist zu beachten, daß Kleinbauer und Landarbeiter zusammengehören, denn beide leben in den gedrücktesten Verhältnissen.

Die Art der Organisation. Eine Schablone läßt sich für die Organisation nicht anwenden. Man laßt die Landarbeiter für sich, man laßt sie mit Kleinbauern

zusammen organisieren. Wirklich hat sich gezeigt, daß ein großer politischer Verein die Arbeiter aus den einzelnen Orten aufnimmt.

Große Gruppen von Arbeitern sind mehr für wirtschaftliche, als für politische Organisation zu haben. Es sind das weniger die rein ländlichen, als die mehr industriellen Arbeiter.

Nach einer einstündigen Pause wird die Diskussion eröffnet. Kadler-Ruppin-Templin stimmt den Ausführungen Stadthagens zu und führt weiter aus, daß ein großer Mut dazu gehöre, auf das Land zur Agitation zu gehen.

Die Diskussion. Morawski-Berlin empfiehlt die Heranziehung von Referenten aus ländlichen Kreisen und die Schaffung eines Blattes, welches nur für die Landarbeiter geschrieben wird.

Ost-Schwiebus hält die Gründung eines Blattes, wie es der Vordrucker wünscht, nicht für erforderlich, da ein solches in der „Fadel“ bereits vorhanden sei.

Hoffmann-Osthavelland meint, es müsse hauptsächlich dafür gesorgt werden, daß eine bezahlte Presse auf dem Lande verbreitet werde.

Putsche-Lebus: Wenn man mit den Landarbeitern spreche, dann stimmen sie uns vollkommen zu. Aber wenn es zur Wahl geht, dann zeige sich, wie groß die Furcht vor den Gutbesitzern sei.

Cohen-Berlin III sucht nachzuweisen, daß sich Stadthagen nicht dorthin hat, was hinsichtlich der Organisation der Landarbeiter zu geschieden habe.

Schmidt-Kreis Sternberg führt aus, die Landarbeiter würden sich aus eigener Kraft nicht organisieren. Es müsse das seitens der leitenden Genossen geschehen.

Salomon-Weichen: Es laßt sich hier ganz schön über die Landarbeiterfrage reden, aber wenn man hinauskomme auf das Land, dann scheitern alle schönen Vorläge und Beschlüsse an den harten Köpfen der Landarbeiter.

Zubell hält die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter für unmöglich. Auch an der Form der Organisation scheitert diese Frage.

Die moralische Verantwortlichkeit der Landarbeiter müsse gehoben werden. Das könne nur geschehen, indem die Schule verbessert wird.

Einem Beitrag von politischen Organisation klargemacht werden. Einen Beitrag von

monatlich 60 Pfennig könnten die Landarbeiter nicht leisten, und deshalb habe auch die Empfehlung des Verbands der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter keine Aussicht. Die Frage, wie die Organisation der Landarbeiter durchzuführen sei, müsse von den einzelnen Kreisen gelöst werden. Wenn wir den Anfang mit einer Organisation machen wollen, so darf der Beitrag 10 Pf. monatlich nicht übersteigen. (Sehr richtig!) Wenn die zu gründenden Vereine später zu einem Central-Verein — nicht über ganz Preußen, das sei unbedenklich — zusammengeschlossen werden könnten, dann sei die erste Unterstützung, die man etwa den Mitgliedern gewähren wolle, der **Rechtsschutz**. Es sei ganz unbedenklich, daß man den Kleinbauern mit dem Arbeiter zusammen organisieren könne, denn dazu seien die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen beiden Kategorien zu groß.

Antwort: Alle seien darin einig, daß etwas für die Landarbeiter geschaffen müsse. Wenn man mit etwas Sachkenntnis an die Angelegenheit herantreten wolle, dann müsse man, wie Stadthagen empfahl, die Verhältnisse kennen lernen. Stadthagen habe aber doch zu sehr schematisiert. Seine Auffassung, daß die ländlichen Arbeiter nur auf uns warten, treffe doch nicht für die ganze Provinz zu. In vielen Kreisen herrsche unter den Landarbeitern ein von unsern Gegnern gepflegtes Mißtrauen gegen die Socialdemokratie. Die erste Aufgabe müsse sein, dieses Mißtrauen zu beseitigen. Der Kleinbauer müsse bei dieser Frage von vornherein ausscheiden, denn die Gegensätze zwischen ihm und den Arbeitern seien größer wie in der Industrie. **Wenn wir die Landarbeiter gewinnen wollen, müssen wir ihnen Rechtsschutz gewähren**, namentlich bezüglich der Arbeiterversicherung. In jedem Kreise müßte ein Genosse, der die Versicherungsangelegenheit kennt, damit beauftragt werden, den Landarbeitern mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen. Wenn die Arbeiter sehen, daß wir in dieser Hinsicht für sie etwas thun, dann wird sich im Anschluß an die Gewährung von Rechtsschutz auch eine Organisation schaffen lassen. — Die Erfahrung lehrt, daß es sehr schwer ist, den Landarbeiter politisch zu organisieren. — **Der Rechtsschutz müßte sich auch erstrecken auf die Uebergänge der Polizei und der schwarzen Gendarmen.**

Stadthagen - Berlin II schließt sich den Ausführungen von Stadthagen und Jubel an und tritt dem von Cohen vertretenen Standpunkt entgegen. Weiter führt der Redner einige Beispiele zur Illustration der traurigen Lage der Landarbeiter an. Daß die Agitationskommission die Organisation der Landarbeiter durchführe, sei nicht möglich. Die Hauptsache sei, daß die in ländlichen Kreisen anjässigen Industrie-Arbeiter sich der Agitation unter den Landarbeitern widmen.

Die Diskussion wird geschlossen. Das

Schlusswort

erhält **Stadthagen**. Er bemerkt gegenüber den Ausführungen Cohens: Wir haben in der Provinz etwa 2000 organisierte Landarbeiter. Es liegt uns daran, die „Jugbögel“ unter ihnen der Organisation zu erhalten. Wir wollten dies thun, ohne einen neuen Verein zu gründen, und wandten uns deshalb an den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter — von dem ich glaube behaupten zu können, daß die wirklichen Landarbeiter unter seinen Mitgliedern hier am Tische Platz finden — mit der Anfrage, ob es möglich sei, eine politische Organisation der Landarbeiter als besondere Sektion dem Verbands anzugliedern, und von ihnen nur 10 Pfennig Beitrag zu erheben, wogegen wir auf die Zeitung und die Unterstüzungseinrichtungen des Verbands verzichtet hätten. Das lehnte der Verband ab, wie ich annehme, aus guten Gründen. Weiter führt der Redner aus, daß die Ausführungen Cohens sowohl über diese Angelegenheit wie über die Verhältnisse der Landarbeiter nicht von Sachkenntnis zeugen. — Wenn Jubel meine, der Kleinbauer sei für uns nicht zu haben, so wolle Redner ausdrücklich betonen, daß er nur diejenigen Kleinbauern meine, die von ihrer Landwirtschaft nicht leben können und tatsächlich nichts andres sind als Arbeiter. — Wenn hier gesagt werde, die für uns stimmen seien noch lange keine Socialdemokraten, dann liege doch die Schuld für diesen Umstand an unserer Agitation. Es müsse immer das Endziel betont und gesagt werden: Wer das nicht anerkennt, der ist kein Socialdemokrat. In dieser Weise — sagt der Redner — haben wir in der Provinz agitiert, und wir haben damit mehr Erfolge erreicht wie diejenigen, welche das Endziel nicht betonen. Fahren Sie fort in der zielbewußten Revolutionierung der Köpfe. (Beifall.)

Folgende von Stadthagen eingebrachte Resolution wird mit überwiegender Mehrheit angenommen:

Die Provinzial-Konferenz empfiehlt:

1. Fragebogen über die ökonomische Lage der Landarbeiter und Kleinbauern bei der Agitation zu benutzen, und beauftragt die Agitationskommission, solche Fragebogen zu entwerfen und den einzelnen Kreisen zugehen zu lassen.
2. Für eine Organisation insbesondere der Landarbeiter und Kleinbauern in jeder Weise wirksam zu sein. Es empfiehlt sich, den Arbeitern, für deren Branche eine wirtschaftliche Organisation vorhanden ist, den Anschluß an diese, insbesondere an den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands vorzuschlagen. Außerdem aber ist es dringend erforderlich, besonders die Landarbeiter und Kleinbauern in politischen Vereinen — mögen dieselben einen Namen tragen welchen sie wollen — zusammenzufassen und diese Vereinigungen zu centralisieren.

Die Parteikonferenz verlangt weiter, daß die ausländischen Arbeiter dieselben Rechte wie die inländischen erhalten, besonders daß ihnen das Recht des Aufenthalts in Deutschland und das Vereinsrecht unbeschränkt gegeben werde, und daß die Ausweisungsbefugnis, welche zu Gunsten schmutzigster Lohnkonkurrenz ausgeübt werden kann, durch Reichsgesetz endlich beseitigt werde.

Es folgt der 5. Punkt der Tagesordnung:

Agitation und Organisation.

Seller-Ludenwalde führt aus: Wo politische Vereine bestehen, da müßten dieselben auch die Parteigeschäfte in die Hand nehmen. Das lose Zusammenhalten, wie es bis jetzt bestand, müsse zu einem engeren Zusammenhänge führen. In solchen Orten, wo Parteigenossen vorhanden sind, aber ein Verein nicht gegründet werden kann, müsse ein Genosse bestimmt werden, der mit dem Kreis-Vertrauensmann in Verbindung zu stehen und auch regelmäßige Parteibestände der Genossen am Orte einzulassen habe. Von diesem Beitrag solle ein Betrag von 5 Pf. pro Kopf und Monat, ebenso wie von den bestehenden Vereinen, an den Kreisvertrauensmann abgeliefert werden. Also, wo es möglich ist, sollen Vereine gegründet werden, wo das nicht geht, da möge das Vertrauensmännersystem bestehen bleiben.

Salomon-Briezen weist auf die Schwierigkeit der Agitation hin. Das Geld sei so knapp, daß man als Kreis-Vertrauensmann keine Verpflichtungen laun noch erfüllen könne. Von 1893 bis 1898 habe die Partei einen ungeheuren Aufschwung genommen. Seit dem Jahre 1897 habe die Gewerkschaftsbewegung einen lebhaften Fortschritt gemacht, und das sei die Ursache, daß der politischen Partei die Gelder nicht mehr so reichlich zufließen wie früher. Ferner sei zu bedenken, daß die besten Kräfte von der politischen zur gewerkschaftlichen Bewegung übergegangen seien. Wenn diese Genossen jetzt von der politischen Thätigkeit zurückgetreten sind, so liege das daran, daß jetzt die Neutralität der Gewerkschaften befürwortet werde. (Zustimmung.) Wenn die Neutralität aufrechterhalten bleibt, so werde das zum Schaden der politischen Bewegung ausschlagen. Unter den Mauern der Provinz gebe es sehr viele, die der Gewerkschaft angehören, aber von der Socialdemokratie nichts wissen wollen. Wie solle man da agitieren, wenn in den Gewerkschaften der Standpunkt der Neutralität vertreten werde. (Beifall.)

Hermann-Berlin V ist der Meinung, daß die pessimistische Stimmung des Vorredners unbegründet sei. Es sei erfreulich, daß aus der Provinz der Vorschlag gemacht sei, die politischen Vereine sollten die Parteigeschäfte führen. In Berlin hätten sich die

Genossen leider über diesen Gegenstand noch nicht ausgesprochen. Das sei ein bedauerlicher Mangel an Interesse für die Organisation seitens der Berliner Genossen. Nachdem wir das Verbindungsverbot von jeher bekämpft haben, sei es auch unsere Pflicht, das neue Recht auszunutzen. **Die organisierten Genossen müssen bestimmen, was in Partei-Angelegenheiten zu geschehen habe.** Wenn man einwende, unter diesen Umständen könnten sich die Frauen nicht mehr an den Parteigeschäften beteiligen, so möge man doch bedenken, daß die Beteiligung der Frauen an der Parteibewegung eine sehr minimale sei. Wegen der etwa sechs Frauen, die in jedem Wahlkreise thätig sind, solle man sich nicht bestimmen lassen, auf die Verlegung der Geschäfte in die Vereine zu verzichten.

Schubert-Schöneberg: Die Organisation in der Provinz habe nicht den gewünschten Fortgang genommen. Viele der bestehenden politischen Organisationen seien nicht in der Lage, sich zu centralisieren. Es sei auch ganz gleichgültig, in welcher Weise sich die einzelnen Kreise organisieren wollen, das hänge von den Verhältnissen ab und müsse der Entscheidung der betreffenden Kreise überlassen bleiben. Berlin habe gar keine Veranlassung, an seiner bisherigen Organisation etwas zu ändern. Der Kreis Teltow habe die Centralisation beschloffen. In welcher Weise dieselbe durchgeführt werde, sei noch nicht entschieden. In manchen Kreisen sei das Vertrauensmännersystem das am besten geeignete, denn in vielen kleinen Orten hätten die Genossen gewichtige Gründe, von der Schaffung eines Vereins abzusehen, da ihnen die Werbung bei der Behörde große Ungelegenheiten bereiten könne. Die Form der Organisation sei nebensächlich, die Hauptsache sei die Agitation.

Emma Thier: Wenn die Aenderung der Agitationsform den Erfolg hätte, daß die Genossen alle dem Wahlverein beitreten würden, dann wären wir Agitatorinnen die ersten, die dafür einträten. Aber für einen solchen Erfolg sei keine Garantie gegeben. Da die socialdemokratische Partei die einzige sei, die den Frauen die Mitarbeit gestattet, so hieße es, den Parteigenossen ihre Rechte innerhalb der Partei nehmen, wenn man die Parteigeschäfte in die Wahlvereine verweisen würde. Solange es Vereinsgesetze giebt, die den Frauen die Mitarbeit in politischen Vereinen unterlagen, sei es Aufgabe der Genossen, erst diese Gesetze zu beseitigen und dann über die Form der Organisation zu diskutieren. Es scheint fast, als ob es einem Teil der Genossen unangenehm ist, daß die Mitarbeit der Frauen durch Uebertragung der Parteigeschäfte an die Vereine ausgeschlossen wird. (Widerpruch.) Wo die Möglichkeit vorhanden ist, daß sich die Frauen politisch organisieren können, da ist es selbstverständlich, daß die organisierten Genossen über die Partei-Angelegenheiten zu entscheiden haben. So lange das aber nicht der Fall ist, dürfe man die Frauen nicht von der Mitarbeit ausschließen. (Bravo!)

Die Diskussion wird geschlossen.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Die Presse.

Kiesel-Potsdam begründet einen Antrag seines Kreises, welcher verlangt, daß das in Spandau gegründete Parteiblatt „**Laterne**“ eingehen soll. Das Blatt sei nicht lebensfähig, es sei ohne Zustimmung der Instanzen ins Leben gerufen und die Spandauer Genossen hätten kein Recht, unter diesen Umständen ein Blatt zu gründen.

Scholz führt namens der Kommission aus: Die Spandauer Genossen hätten ihre Angelegenheiten stets selbständig geregelt. Als die Gründung des Blattes in der Kommission zur Sprache kam, vertrat die Spandauer Genossen den Standpunkt, die Gründung des Blattes gehe weder die Kommission noch den Parteivorstand etwas an. Die Spandauer Genossen behaupten, sie könnten das Blatt ohne finanzielle Hilfe von anderer Seite halten, aber trotzdem sei die erste Druckerrechnung heute noch nicht bezahlt. Die Gründung des Blattes sei ein sehr fragwürdiges Unternehmen, die Parteikonferenz müsse dazu Stellung nehmen. Die Kommission sei dafür, daß das Blatt eingehen solle.

Wladhagen-Berlin II ist der Ansicht, daß ein Beschluß in der Spandauer Angelegenheit überflüssig sei, denn nach den bisherigen Erfahrungen wisse man, daß die Spandauer noch machen, was sie wollen. Sie seien ja stets ihren eignen Weg gegangen. Man möge hier nicht die Anhebung des Blattes beabsichtigen, denn sonst müßte die Kommission auch noch die Schulden des Blattes bezahlen. Das würde aber den Spandauern selber überlassen bleiben.

Neger-Spandau verteidigt die Gründung der „**Laterne**“. Die Spandauer Bevölkerung sei völlig abhängig von den königlichen Fabriken, und die dortigen Arbeiter könnten nicht nach der hergebrachten Lohallotie behandelt werden. Dazu bedürfte es eines besonderen Parteiblatts, welches den örtlichen Verhältnissen Rechnung trage. Es solle eine Ergänzung bilden zu den am Ort vertriebenen Blättern. Die Gründung der „**Laterne**“ sei keine Dummelei, sondern die Folge einer klugen Berechnung. Die Zustimmung des Parteivorstands sei deshalb nicht eingeholt worden, weil die „**Laterne**“ nicht eine Zeitung, sondern ein **regelmäßig erscheinendes Flugblatt** sein solle. Das Blatt habe zwar zuerst finanziell schlecht dagestanden, seit 3 Monaten prosperiere es aber ganz gut, es habe auch eine gute Wirkung erzielt.

Guth (Brandenburger Zeitung) meint, es sei zu prüfen, ob die „**Laterne**“ prosperiere. So ohne weiteres zu beschließen, daß ein Blatt, welches nun mal besteht, wieder eingehen soll, das gehe nicht an.

Nachdem noch einige Redner zu dieser Sache gesprochen hatten, wird folgender

Antrag angenommen:

Die Angelegenheit der „**Laterne**“ ist einer Kommission zu überweisen, welche zusammenzusehen ist aus Vertretern der Agitationskommission, des Parteivorstands und der Vertrauensleute. Diese Kommission hat die finanzielle Lage des Blattes zu prüfen und das weitere zu veranlassen.

Jubel begründet folgenden

Antrag des Kreises Teltow-Beeckow:

Die Vertreter der Parteigenossen des Orts Trebbin beantragen hiermit über die in der letzten Zeit mit der Redaktion der „**Brandenburger Zeitung**“ in Sachen der Lokalfrage gepflogene Polemik die Entscheidung der Kreisvertreter.

Redner schildert die Schwierigkeiten, mit denen unsere Agitation in Trebbin lange Zeit zu kämpfen hatte. Als später in dem Städtchen eine Druckerei entstand, und organisierte Buchdrucker insolgedessen nach Trebbin kamen, hätten unsere Genossen gehofft, die Buchdrucker würden auch etwas für die politische Organisation thun. Aber nichts sei von jener Seite geschehen. (Zwischenruf: Neutralität der Gewerkschaften.) Jahrelang hätten die Trebbiner Genossen gekämpft, um ein Versammlungslokal zu bekommen. Endlich hätten sie auch durchgesetzt, daß ihnen ein Saal zur Verfügung stand. Die organisierten Buchdrucker hätten nun aber ihr Johannistfest nicht in diesem, sondern in einem der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehenden Lokal gefeiert. Die „**Brandenburger Zeitung**“ habe in dieser Angelegenheit eine Haltung eingenommen, die mit Recht die größte Erbitterung unter den Trebbiner Genossen hervorrief. Die „**Brandenburger Zeitung**“ habe erklärt, die Lokalfrage sei keine principielle Angelegenheit der Partei, ja nicht einmal eine Frage der Taktik. Redner bemerkt weiter, daß der Redacteur der „**B. Z.**“ der Einladung, zur persönlichen Aussprache in dieser Sache nach Trebbin zu kommen, nicht gefolgt sei, und polemisiert in scharfer Weise gegen die Haltung der „**B. Z.**“ in der Lokalfrage.

Guth („**Brandenburger Zeitung**“) sucht nachzuweisen, daß Jubel die Ausführungen der „**B. Z.**“ falsch aufgefaßt habe, und vertritt hinsichtlich der Lokalfrage den Standpunkt, daß wenn uns in einem Ort ein Lokal zur Verfügung steht, und wir ein zweites nicht brauchen, dann kein Anlaß vorliege, bei Abhaltung eines Festes in einem andern Lokal den Wirt desselben zu fragen, ob er sein Lokal auch zu Versammlungen hergeben wolle.

Im weiteren Verlauf der Debatte wendet sich auch **Seller-Ludenwalde** mit scharfen Worten gegen die Haltung der „**B. Z.**“ in der Lokalfrage. Nachdem **Jubel** und **Guth** nochmals zu dieser

Angelegenheit gesprochen hatten, werden folgende **Anträge angenommen:**

1. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß die Redaktion der „**Brandenb. Ztg.**“ in Zukunft sich nach den Beschlüssen der für die Lokalfrage zuständigen Genossen richten.

2. Die Provinzialkonferenz spricht ihre Mißbilligung über das Verhalten der „**Brandenb. Ztg.**“ aus und beschließt, die Angelegenheit zur endgültigen Regelung der Prekonmission des Kreises zu überweisen.

Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung:

Anträge.

Folgender Antrag des Kreises Teltow-Beeckow wird der Agitationskommission überwiesen:

Um dem „**Märktischen Landboten**“ einen bleibenden Wert für die ländliche Bevölkerung zu geben, beantragt die Parteikonferenz des Wahlkreises Teltow zc.: Vom Jahre 1901 ab ist dem „**Märktischen Landboten**“ alljährlich ein Abschritt von der Arbeiterversicherungsbefehlgebung, die Hauptfragen im Kalender erläuternd, mit Formularen versehen und mit dem Hinweis, daß die Fortsetzung im nächsten Jahre erfolgt, beizufügen.

Schubert-Schöneberg bemerkt zu einem Antrage des Kreises Brandenburg-Weißhaveland, welcher die **Beseitigung des Pariser Kongresses** wünscht: Die Agitationskommission habe nichts gegen die Entsendung eines Delegierten nach Paris, sie könne aber die Kosten der Delegation nicht tragen und müsse das den Kreisen überlassen, die einen Delegierten entsenden wollen.

Einige Redner geben die Erklärung ab, daß auch ihre Kreise für diesen Zweck keine Mittel übrig haben. Nach kurzer Debatte wird die Delegation zum internationalen Kongreß abgelehnt.

Ferner liegt folgender

Antrag des Kreises Ober-Barnim

vor:

Die am 5. August in Strausberg tagende Parteikonferenz für Ober-Barnim nahm folgende Resolution dahingehend einstimmig an, daß diese dem am 20. August in Berlin tagenden Provinzial-Parteitag überwiesen wird:

Die heutige Parteikonferenz des Kreises Ober-Barnim ist sich bewußt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter eine Notwendigkeit zur geistigen, sittlichen und materiellen Hebung ihrer Massenlage und ein Mittel zur Stärkung des Klassenkampfes sind. Sie verpflichtet deshalb die Genossen zum Anschluß an ihre Berufsorganisationen. Sie ist aber auch ferner der Meinung, daß auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Verpflichtung haben, die Arbeiterklasse in ihrem politischen Kampfe mit allen Kräften zu unterstützen, um die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus zu erwirken.

Dieser Antrag wird durch folgenden Beschluß erledigt: Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem Antrage des Kreises Ober-Barnim, und verpflichtet die Delegierten im Sinne desselben zu wirken.

Abgelehnt wird folgender Antrag des Kreises Guben: Den Provinzial-Parteitag Sonnabend abends zu eröffnen, an welchem alle Vorarbeiten zu erledigen sind.

Liepmann-Berlin V beantragt, die Konferenz möge beim Parteitage beantragen, daß derselbe das Thema: **Politik und Gewerkschaft** auf die Tagesordnung stelle.

Nachdem **Liepmann** den Antrag begründet hatte (der Redner, der vom Platz spricht, ist wegen der Krankheit im Saal am Berichterstatter nicht zu verstehen), erudt **Stadthagen** um Ablehnung des Antrags. In der Sache selbst ist er mit **Liepmann** einverstanden, aber es handle sich nicht um die Frage: wie sieht die Partei zu den Gewerkschaften? sondern: wie stehen die Gewerkschaften zur Partei? Die Entscheidung dieser Frage liege bei den Gewerkschaften und nicht bei der Partei, und deshalb sei es nicht angängig, daß sich der Parteitag mit der Frage befasse.

Der Antrag **Liepmann** wird **abgelehnt**. Eine Resolution ist eingegangen, welche den Parteitag ersucht, sich gegen die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen auszusprechen. Die Resolution wird **debatte** durch **Uebertragung zur Tagesordnung** erledigt.

Ein von **Wittreich** („**Märktische Volksstimme**“) empfohlener Antrag: Die nächste Provinzialkonferenz in einem Orte außerhalb Berlins stattfinden zu lassen, wird **abgelehnt**.

Hierauf erstattet

Scholz-Berlin einen Bericht der Lokalkommission. Bei der großen Kurve, die im Saale herrscht, ist der Redner fast nicht zu verstehen. Er weist darauf hin, daß die Wirksamkeit der Lokalkommission der Partei eine große Zahl von Lokalen zugänglich gemacht habe. Wenn das Erzeugnis erhalten bleiben solle, so müßten die Genossen die Lokalliste auf das genaueste beachten.

Damit sind die Verhandlungen beendet.

Der Vorsitzende **Grashold** schließt die Konferenz 9 1/4 Uhr mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Marktpreise von Berlin am 25. August 1900

nach Ermittlungen des h. Volksgewerksbundes.

*) Weizen, gut D.-Gr.	15,55	15,54	*) Kartoffeln, neue D.-Gr.	6.-	4.-
" mittel	15,53	15,52	" Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
" gering	15,51	15,50	" do. Bund	1,20	1.-
**) Roggen, gut	14,70	14,66	" Schweinefleisch	1,80	1,10
" mittel	14,62	14,58	" Rothfleisch	1,70	1.-
" gering	14,54	14,50	" Hammelfleisch	1,80	1,20
*) Gerste, gut	15,40	14,90	" Butter	2,60	2.-
" mittel	14,80	14,40	" Eier	60 Stk	4.- 2,40
" gering	14,30	13,90	" Karpfen	1 kg	2,40 1.-
*) Hafer, gut	16.-	15,10	" Hale		2,80 1,40
" mittel	15.-	14,10	" Hühner		2,60 1,20
" gering	14.-	13,20	" Hedde		2,20 1,20
*) Kleinfrohden	6,66	5,82	" Schafsch		1,80 0,80
" erdlen	7,40	5,40	" Schleie		2,50 1,20
" Speisefrohden	45.-	25.-	" Hefe		1,40 0,80
" Unlen	70.-	30.-	" Krebst	per Schot	24,00 2,50

*) ab Bahn.

**) ab Bahn und frei Haus.

*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 27. August. Am heutigen Getreidemarkt (schwächen sich Weizen und Roggen leicht ab unter dem Einfluß der matten Haltung der amerikanischen Märkte und der streichlich-ungünstigen Wäße. Ein größerer Rückgang wurde verhindert durch kräftige Nachfrage nach effektiver Ware. Die russischen Offerten nahmen keinen großen Umfang an. Weizen und Roggen notierten 0,23 W. niedriger, Hafer war fest auf Käufe der Provinzialämter. Rüböl blieb nominal unverändert.

Witterungsübericht vom 27. August 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand min	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. = 4 m	Stationen	Barometer hand min	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. = 4 m
Swinebude	767 RD		2 Stk. heb.	15	15,5	Saparanda	768 Stk		1	bedekt	9
Hamburg	767 O		4 Stk. heb.	14	15,5	Berlin	769 R		2	bedekt	11
Berlin	766 RD		4 Stk. heb.	14	15,5	Berlin	766 RD		4	bedekt	13
Frankf./M.	760 RD		4 Stk. heb.	15	15,5	Aberdeen	772 R		2	bedekt	11
Wien	760 Stk		1 bedekt	16	15,5	Paris	756 RD		2	Stk. heb.	15
Wien	761 R		1 bedekt	18							

Weiter Prognose für Dienstag, den 28. August 1900. Bismilch kühl und veränderlich, vielfach wolkig mit etwas Regen und frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Spaltenrede findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Wilhelm. Im Pariser Straßendruck überwiegen noch die Dummköpfe, doch ist die Stadt auch von vielen Straßendruckern durchzogen.

Wulfow. Verzeihen Sie, daß sich der Verein an die Lokalkommission wendet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 28. August.
Spernhaus. Lohengrin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Faust. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probenkandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Skavin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der weiße Hirsch. Vorber: Ein Intermezzo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wespen. Dreyfuß in der Unterwelt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Enfien. Maddie. Der Damenring. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Die Boyer in China. Anfang 8 Uhr.
Wells-Mittance. Madame Bonbard. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Bennis auf Erden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Jubiläumstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Zandener. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
 Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Volles
Waldspiel Heinrich Heine.
Der Troubadour.
 Beste Oper Freitag.
 Erste Schauspiel-Vorstellung:
 Sonnabend.

Central-Theater

Sensationeller Vaherfolg!!
 Zum 138. Male:
Berlin nach Ost.

Anfang 8 Uhr.
 Gr. Vorse in glänzender Ausstattung.
 Die sensationellen Schläger:
Eisenbahn-Quartett! Cordula.
Aufzug der Parfums.
 Morgen und folgende Tage:
 Berlin nach Ost.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
 Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Die Zigeuner von Lichtenberg.
 Charakterbild mit Ges. von Kinderer.
Neu! Spreelottchen Neu!
 oder:
Ein Sommerfest in Klautschou.
 Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 2 Akten von Max Reichardt. Musik von Schmidt.
 Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Zum 25. Male:
Die Boyer in China

Anfang 8 Uhr.
 Vorzugsbillet haben Gültigkeit.
 Im Garten: Konzert, Theater, Spezialitäten. Anf. 5 1/2 Uhr.
 Mittwoch: Erste-Danzfest.

Metropol-Theater.

Seite 9 Uhr 10 Min.:
 Zum letztenmal:
Der Zauberer am Nil
 sowie das brillante
August-Spezialitäten-Prgr.
 Anf. 8 Uhr. Kauschen überall gestattet.
 Mittwoch, Donnerstag und Freitag geschlossen.
 Sonnabend, den 1. September cr.:
 Eröffnung der Winter-Saison.
 Zum 1. Male:
Der Mandarin
 von Tsing-ling-ling.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.
 Täglich: **Lebenswellen.** Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz. Musik von H. Hial. Ballett unter Leitung der Ballettmeisterin Frä. Böving. Künftigen der Operette: Chansonette Molly Verch. D. Orchestre-Duettisten Gaby Millard. Fauna-Quartett, The Mitons, Turner gem dreilochigen Red. The Gladenbecks, Kraftlaboranten, The Harwoods, Roger-Operette. — **Konzert.**
 Im Saal: Ball. — Anfang 4 Uhr.
 Eintritt 30 Pf. Num. 100 Pf.
 Kalbo.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
 Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
 Invalidenstr. 57/62.
 Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Marokkaner
 (11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
 Vorstellung
stündlich.
 Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

CASTANS PANOPTICUM

Neue plastische Gruppe:
Kampf eines deutschen Seesoldaten mit Boxern bei Tientsin!
 Die sensationellen lebenden Photographien:
 Ausfahrt des Chinaschwaders u. a. m.
 Die Tiroler Sängergesellschaft „Almrausch“.

Apollo-Theater.

Heute, Dienstag, den 28. August:
Gr. Wohlthätigkeits-Vorst.
 zum Besten der in China kämpfenden deutschen Truppen.
Grosse Gala-Vorstellung.
Venus auf Erden.
 Ferner:
 10 hervorragende Spezialität.
 Der Kosmograph: China-Bilder.
 Der volle Ertrag wird dem Komitee für die Verwandten in China überwiesen.
 Anfang 8 Uhr.

Puhlmanns Vaudeville-Theater.

Schönhauser-Allee 148.
 Kastanien-Allee 97-99.
 Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
 Künstler L. Rangeb. — Im renovierten Saal: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr.
 Lehmann.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
 Anfang:
 Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pfennig.
 Vorverkauf 40 Pf.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Rüdendorfer Straße 71
 am Röhrender Platz.
 Täglich Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Nur erstklassige Nummern.
 Anf.: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.
 Kinder 10 Pf. Sperrig Nachschl. 30 Pf.
 Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
 Kinder 10 Pf. Sperrig Nachschl. 10 Pf.
 Hermann Imbs, Direktor.

Sanssouci

Im prachtvollen **Natur-Garten** jeden Sonntag u. Donnerstags humorist. Solos der **Norddeutschen Quartett-Sänger** Gänse, Cahnbley, Nega u. c. Anfang Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach der Solos: **Tanzkränzchen.** Tanz frei.
 Beginn der Winter-Saison:
 Sonntag, den 9. September.

Säle Luisenst. Klubhaus

Auenstr. 16 (Jah. H. Gruppe) für Vereine, Hochzeiten u. Privat-Gesellschaften. Telefon Amt 7a No. 7301.
Rösliner Hof,
 Köllnerstr. 8.
 Toten-Sonntag, den 25. Novbr.
 frei. 53142

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
 Im Garten oder Saal
 Täglich:
Norddeutsche Sänger
 (Hühmann, Dorf, Walde.)
 Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Biletts 3 Stück 1 R. Bonds nur in der Woche gültig. Sonntags und Donnerstags: **Tanzkränzchen.**

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3.
 Einzig in seiner Art.
 Ohne jede Konkurrenz. Billige Familien-Unterhaltung. Wochentags abends 8 Uhr freies Entree.
Waffen-Konzerte.
 Ställen Jantischaren - Bands Rocco. Tyroler Alpenländer - Musik. Öpp. Nummernisches Orchester. Deutsches Damenkapelle. Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.

Riesenetablissement See-Terrasse

Röderstr. 1-6, unweit Steuerhaus, Landsberger Allee.
 Sonntag, den 2. September 1900:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
 Bei eintretender Dunkelheit: **Fackelpolonaise.**
Künstler-Konzert und Grosser Tanz.
Elite-Spezialitäten-Vorstellung.
 Kaffeeküche, Kegelbahnen, Sportplatz etc.
 Entree: Erwachsene und Kinder 10 Pf., wofür jedes Kind ein Geschenk erhält. — Kassenöffnung 2 Uhr.
 Jeden Donnerstag: **Tanzkränzchen** bei freiem Entree.

Schweizer-Garten.

Am Königsthor. — Gastele der elektr. Ringbahn. — Am Friedrichshain
 Täglich:
Konzert, Theater, Ballett, Spezialitäten-Vorstellung, Ball.
 Miss Olga Garay-Truppe. Catrini-Ballett.
 Raffinongleuse. Komische Radfahrer. angeführt von 7 Damen.
 Elly Gröné. Herm. Perleto. Franz Held.
 Chansonette. Kab. Comedien. Hühnerfängerin.
 Im Witwen-Verein. Lustspiel. Die lustigen Weiber. Operette.
 Meier mit'n? Posen-Burleske. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater

Gartenstraße 13-15.
 Künstliche Leitung: Paul Milbitz.
 Täglich:
Grosses Doppel-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Donnerstag: Elite-Tag.
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
 2 hochlegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Rouditorei, Blumenstand u. c.
 Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
 Max Kliem.

Bähne Dresdenener Kasino.

800 Personen fassend, zu **Dresdenerstr. 96.** Versammlungen, für Vereine und zu Privatfestlichkeiten. Martin Horzberg.
Künstl. Zähne von 3 R. an, vorzüglich. Bähne plomberen schmerzlos. Schmerzloses Zahnziehen. Goldstah. Drantenstr. 123.
Möbel und Polsterwaren. Großes Lager. Arbeit, äußerst billige. Weiße, empfindl. Reichendergerstr. 5. Auch Teilszahlung!
Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilszahlung Woche 1 Mk. 10. Blumen 1 Rf. Absolut schmerzlos. Zahnz. 1 Mk. J. Blumberg, Wasserstr. 33, a. Drantenb. Thor. Epr. 8-7, Sonntags 9-1.

Marly-Cacao

Neue Unterrichtskurse des Arbeit-Stenogr.-Verelns „Stolze“ in der Vereinfachten deutschen Stenographie“ beginnen:
Freitag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Grups, Annenstr. 16.
Mittwoch, 5. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Giesler, Schulstr. 29.
Donnerstag, 6. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, bei John, Gräfestr. 82, u. im Moab. Klubhaus, Boussestr. 9.
 Unterrichtsgehd 4 Mk.
 Das erste Stundts ist kostenfrei.
 Das Lehrbuch wird gratis geliefert.
 Ich ersuche alle befreundeten Buch- und Zeitungshändler, mir ihre Verlagskataloge gütlich zuzuschicken, in welchen **Liebnecht'sche Reden, Abhandlungen, Skizzen** usw. enthalten sind, da ich mir alles beschaffen will, was von meinem Meister erlangbar ist, weil ich seinen Charakter als Denker und als Künstler des Wortes in Schrift und Rede zu zeichnen suchen will. [52902]

Bruch-Pollmann

empfehle sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenkurg.
Eigene Werkstatt. Dieferant [52902] für Orts- und Hilfs-Krankenkassen. Berlin C.
30. Finien-Straße 30.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
 Jeden Dienstag
 Original Norddeutsche Sänger.
 Biegler, Wolff, Hohenberg etc. [52902]
 Nachher: Tanz. W. Trapp.

Louisenstädt. Konzerthaus.

37 Alte Jakobstraße 37.
 Tel. Amt 4a 7687. [24168]
 Säle für Vereinfachlichkeiten unter sehr günstigen Bedingungen **noch frei** Sonnabend und Sonntag im September und Oktober.
 Bernstein.

Außbaum-Möbel.

Einrichtungen, darunter Teppiche, Vorhänge, Gardinen, Stores, Truemeur, Blüchgeräthnisse, Paneele, Sofas, Plinthe, Wandelchränke, verstellbare Gelegenheitsküche, alles sportlich beim **Auktionator Möderstr. 137.** nachmittags 2-8 Uhr. 52574

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichst.-Wahlkreis (Südost).

Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 25. d. M. unser alter und braver Genosse, der Tischler
Julius Oelrich,
 verstorben ist. Sein Andenken werden wir allezeit in Ehren halten.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 4 Uhr von der Halle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Thomas-Kirchhof in der Permannstraße statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 243/11 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 25. August mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger u. Großvater, der Schlosser
Julius Oelrich,
 nach zweijährigen schwerem Leiden sanft entschlafen ist. [25756]
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachm. 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem St. Thomas-Kirchhof statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.
 Sonntag, den 28. August, verstarb nach langen Leiden im 62. Jahre unser langjähriges Mitglied, der Schlosser
Julius Oelrich.
 Seine letzten Andenken!
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 29. August, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban nach dem St. Thomas-Kirchhof in Kirchhof statt. 117/14 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr, verstarb nach kurzen, schweren Leiden mein lieber Mann, der Tischler
Eduard Noetzel
 im Alter von 32 Jahren.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Emmauskirchhofs aus statt. 2586j Die trauernde Witwe **Amalie Noetzel.**

Todes-Anzeige.

Am 26. d. M. starb unser Kollege, der Tischler
Eduard Noetzel
 im Alter von 32 Jahren.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Emmauskirchhofs aus statt. 2586j Die Kollegen der Pianofabrik von Joh. Hirschfeld.

Nachruf!

Am Freitag, den 17. August, verstarb im Krankenhaus zu Strelno unser Sanitätsbruder, der Sattler **Theodor Dobinski**
 im Alter von 29 Jahren. Ihm bewahren die Kollegen und Kolleginnen der Firma Heinrich Dewo, Ritterstr. 45, ein ehrendes Andenken!

Nachruf!

Am Freitag, den 17. August 1900, verstarb im Krankenhaus zu Strelno unser Kollege
Theodor Dobinski
 im Alter von 29 Jahren. Ihm bewahren die Kollegen und Kolleginnen der Firma Heinrich Dewo, Ritterstr. 45, ein ehrendes Andenken!

Fort mit den Warzen

Neuhalt! Warzenstift!
 Heilt nicht leimartig nicht! Wirkung wunderbar, nur 10-15-ige Anwendung genügt.
 Greift der Warze an, drückt sie mit der Warzenstift, der Sie mit Wasser befeuchtet haben, mehr 1-2-er harte Warzen, welche sich beim Drücken in den Warzenstift drücken lassen, alle Warzen fallen leicht ab.
 Zu beziehen von Otto W. O. [52902]
 Otto W. O., [52902]
 Paul Koch, [52902]

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von Robert Meyer.

2 Mariannen-Straße 2.
 Bildungs-Kränze, Guirlanden, Ball-Kränzchen, Bouquets u. c. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Wilh. Liebnecht

Vorkauf, letzte Aufnahme, prachtvolles Bild. Größe 46 x 32 cm. Preis 50 Pf. Sie haben bei
Jean Holze, Drehbahn 45, Hamburg. [130/11]

Harmonium, Blüthenstängel, sehr schön, event. Teilig. Zahn u. verfr. Friedrichstr. 58, Dittich.

Son der Reihe zurück. [53182]
Dr. M. Cohn,
 W. Luthenstr. 7/8.

Gewerbegericht zu Berlin.

Nr. 378 Gew. Ord. 00.
 In Sachen,
 betreffend die Lohnbewegung der Fäuleleger Berlin und der Umgebung, wird gemäß § 68 des Gewerbegerichts-Gesetzes vom 29. Juli 1890 und § 75 des Reichsgesetzes der Stadt Berlin vom 25. Oktober/2. November 1892, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des so wohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitnehmern als Einigungsamt angerufenen Gewerbegerichts vom 15. August 1900, an der teilgenommen haben:

1. Gewerbeichter v. Schulz, als Vorsitzender,
2. Ingenieur Bernhard, Arbeitgeber,
3. Fabrikant Börner, Arbeitgeber,
4. Maurer Herfort, Arbeitnehmer
5. Former Förster, Arbeitnehmer, als Beisitzer.

vorbehalten der Genehmigung ihrer Auftraggeber, nachstehender Vergleich geschlossen worden ist:

1. Der Stundenlohn beträgt bei 8stündiger Arbeitszeit: für die Arbeitnehmer, welche als Fäuleleger thätig sind, durchschnittlich
 a) im 1. Jahre 70 Pf. pro Stunde,
 b) im 2. Jahre 72 1/2 Pf. pro Stunde,
 c) im 3. Jahre 75 Pf. pro Stunde.
 Vom 1. April 1901 ab erhalten diejenigen Arbeitnehmer, welche nachweislich länger als sechs Jahre als Fäuleleger thätig sind, einen Stundenlohn von 77 1/2 Pf.
2. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr morgens und dauert bis 6 Uhr nachmittags; Pausen sind
 a) von 9-9 1/2 Uhr vormittags,
 b) von 12-1 1/2 Uhr mittags,
 c) von 4-4 1/2 Uhr nachmittags.
3. In den Sommermonaten wird eine Stunde früher wie gewöhnlich, an dem Tage vor den hohen Festtagen (Weihnachten, Ostern und Pfingsten) drei Stunden früher, wie unter 2 festgesetzt ist, Feierabend gemacht, jedoch ohne Lohnabzug.
4. Für Arbeiten innerhalb des Kreises, der auf dem Bureau der Arbeitgeber aushängenden Karte werden Jahrgelder nicht vergütet.
 Außerhalb dieses Kreises werden gewährt und zwar:
 Für den Weg zur Baustelle innerhalb der Ringbahn die ausgelegten Fahrgelder; bei Arbeiten die auf einer außerhalb der Ringbahn liegenden Baustelle ausgeführt werden, auch neben den zu gewöhnlichen Fahrgeldern die mehr erforderliche Zeit.
5. Bei Arbeiten, welche außerhalb des Bezirkverkehrs auszuführen sind, wird außer den Geschäftskosten unter 4 gezahlt ein Betrag von 2 1/2 Rf. pro Tag; falls Kost und Logis gewährt wird, verringert sich der Zuschlag von 2 1/2 Rf. auf 50 Pf. pro Tag.
6. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Wenn Ueberstunden gemacht müssen, so ist für dieselben bis 9 Uhr abends ein Zuschlag von 25 Pf. zu zahlen. Nachtarbeiten v. 9 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens sowie Sonntagsarbeiten sind mit 100 Proz. Zuschlag zu entgelten. Für Arbeit werden seitens der Arbeitgeber Schmutz, Schwamm und Pinsel geliefert.
7. Zur Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis etwa entstehenden Streitigkeiten, zur Vermehrung von Streiks und Ausperrungen wird eine Kommission von vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Gewerbeichters gebildet.
 Wegen die Entscheidungen dieser Kommission steht der unterlegenden Partei die Berufung an das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu. Diese Berufung ist innerhalb drei Tagen nach Veröffentlichung der Entscheidung anzubringen.
 Der Kommission soll es insbesondere obliegen, vor Ablauf der Dauer dieses Vergleichs über die neuen Arbeitsvertragsbedingungen zu beraten und zu beschließen.
 Auch gegen den Beschluß über den neuen Arbeitsvertrag steht den Parteien die Berufung an das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu.
8. Arbeitsbedingungen dürfen Bestimmungen, welche diesem Vergleich entgegenstehen, nicht enthalten.
9. Der Vergleich ist gültig bis zum 1. Oktober 1901 und läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn nicht vier Wochen vor Ablauf desselben eine Kündigung erfolgt.
10. Nachregelungen dürfen von beiden Seiten nicht vorgenommen werden. Die Arbeit muß sofort wieder aufgenommen werden, und haben die Arbeitnehmer die Arbeit dort wieder aufzunehmen, wo sie dieselbe niedergelegt haben, sofern dieselben nachgewiesen keine andre Arbeit mit Kündigungsfrist haben. Entlassene Arbeiter haben sich bei ihren früheren Arbeitgebern nach Wiederaufnahme der Arbeit spätestens am nächsten Montag zu melden. Mit Kündigungsfrist versehenen Vertrags-Veränderungen dürfen in der Hoffenszeit mit andern Arbeitgebern nicht getroffen werden. Allen denen gegenüber, welche sich bis spätestens am nächsten Montag nicht gemeldet haben, gelten die Bestimmungen dieses Vertrages nicht.

Dr. M. Cohn,

W. Luthenstr. 7/8.
 Dr. M. Cohn,
 W. Luthenstr. 7/8.

Dr. M. Cohn,

W. Luthenstr. 7/8.
 Dr. M. Cohn,
 W. Luthenstr. 7/8.

Dr. M. Cohn,

W. Luthenstr. 7/8.
 Dr. M. Cohn,
 W. Luthenstr. 7/8.

Dr. M. Cohn,

W. Luthenstr. 7/8.
 Dr. M. Cohn,
 W. Luthenstr. 7/8.

Dr. M. Cohn,

W. Luthenstr. 7/8.
 Dr. M. Cohn,
 W. Luthenstr. 7/8.

Dr. M. Cohn,

W. Luthenstr. 7/8.
 Dr. M. Cohn,
 W. Luthenstr. 7/8.

Zur Aufklärung und Warnung!

Die gefällig kombinierten Original-Weidel-Essenzen, zur Selbstbereitung von Cognac, Rum, Brantwein und ähnlichen Likören, werden allein von mir erfinden und zuerst in den Handel gebracht. Alle anderen Essenzen unter ähnlichen Namen sind Nachahmungen meiner dazu höchste Vollkommenheit beruhten Fabrikate, welche niemals erreicht, geschweige überboten werden können. Man achte daher genau auf meine Firma und meinen Namenszug, die einzige Garantie für Erfolge und sicherer Schutz vor Enttäuschung.
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

5 1/2 Bld. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's
 Bäckerei
 Oranienstr. 9, Krautstr. 19
 Goldenfelserstr. 28, Wasserstr. 2.
 Uthen, Goldmannen, Teichstr.
 Bestellungen brieflich. Louis Bogdt.
 Auguststraße 92. 24005

An die Gewerbegerichts-Beisitzer Deutschlands.

Einem Antrage der in Leipzig am 21. und 22. Januar 1900 abgehaltenen Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer (Arbeiter) gemäß wurde beschlossen, eine fünfgliedrige Kommission einzusetzen, deren Aufgabe es sein soll, die Städte Leipzig, Dresden, Halle und Erfurt je ein Mitglied zu ernennen...

Die Gewerbegerichts-Beisitzer, sowie die gesamten Gewerkschaften Deutschlands werden aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Anträge oder sonstige Wünsche an die Kommission zu richten.

Lokales.

Achtung! Sechster Wahlkreis! Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Freitag, den 31. August, abends 8 Uhr, vier Volkshausversammlungen stattfinden...

Die Vorzüge einer angenehmen und gesunden Wohnung werden in der Wochenchrift „Grundbesitzer“ hervorgehoben. Von einem Hausbesitzer-Organ, wie es dieses Blatt ist, sollte man das eigentlich zu erwarten...

Ein Erlaß des Polizeipräsidenten an die hiesigen Kriminalbeamten hat unter demselben große Aufregung hervorgerufen. In diesem Erlaß sind die Kriminal-Beamten angewiesen worden, zum 1. Oktober d. J. resp. zum 1. April 1901 Wohnungen innerhalb der hiesigen Polizeibezirke zu nehmen...

Einem der unheimlichsten Eindrehen, von denen die Kriminalgeschichte zu erzählen weiß, ist verhaftet worden. Es ist der 32 Jahre alte Schneider Karl Wiede, eine ziemlich gebaute Persönlichkeit mit kleinen Händen und Füßen...

Handelte es sich um große Werte, die bei hellem Tage und in Anwesenheit der Bestohlenen und ihrer Dienerschaft aus verschlossenen Behältern mit Anwendung von Dietrichen oder Drehwerkzeugen genommen wurden, ohne daß von dem Täter auch nur eine Spur bemerkt worden wäre...

noch nicht richtig erkannt wird, das trifft leider zu. Aber es sind gerade die Hausbesitzer, die die kleinen Mieter in der Gesamtheit erhalten, sich mit schlechten Wohnungen zu begnügen. Was sie an kleinen Wohnungen für die minder Bemittelten bereit halten, das ist in der Regel so erbärmlich, daß darin schwer ein Verständnis für das Befessere aufkommen kann...

Um eine für den Verkehr überaus störende Verzögerung des Neubaus der Hofstraßen-Brücke zu vermeiden, war die unregelmäßige Befestigung der Gebäude Hofstr. 11, 12a und 12 erforderlich, nachdem dieselben im Lauf des Monats Juni mietsfrei geworden waren. Der Magistrat hat unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung die Gebäude an den Bestbietenden bezw. Mietsbestreitenden, den Unternehmern Sauber für den Preis von 950 M. zum sofortigen Abbruch übergeben...

Eisenbahnfürsorge. Während der Eisenbahnfahrt werden belamlich namentlich bei Kurven und Wechsübergängen die Wagen ganz gehörig hin- und hergeworfen. Dadurch sind schon oft in den Wagen IV. Klasse Unglücksfälle herbeigeführt worden, indem die stehenden Reisenden mangels jeglichen Haltes gegeneinander prallten. Um diesem so oft vorkommenden Uebelstande abzuhelfen, hat der Eisenbahndirektor beschlossen, daß sämtliche Wagen IV. Klasse im preussischen Eisenbahndienst bis zum 1. April nächsten Jahres mit Handletzen resp. Handriemen an der Decke zum Festhalten der Reisenden während der Fahrt auszustatten sind...

Zu Sachen Zietzen hat ein Herr Klug von hier am 25. Juli ein Vergnügungsgesuch an Wilhelm II. gerichtet. Dies Gesuch ist zur Prüfung dem Justizminister und von diesem dem ersten Staatsanwalt in Eibfeld zugestellt worden. Bereits am 21. August erhielt der Befehlshaber die amtliche Antwort, daß „nach Lage der Verhältnisse keine Veranlassung gefunden ist, das Gesuch höheren Orts zu befürworten“.

Anarchisten wittert jetzt die Polizei allerorts. Vor allem scheinen es italienische Arbeiter zu sein, die von vornherein unter dem Verdacht der Anarchisterei stehen. Bekanntlich beschäftigt das Bildhauer-gewerbe in Deutschland besonders viel Italiener, wo so befinden sich denn auch unter den Arbeitern im Neuen Palais, wo seit Wochen Ausbesserungen an den vielen Statuen und Monumenten vorgenommen werden, zwei Italiener, die bereits seit Jahren in Berlin ansässig sind.

Beseitigung der Gräber im Waldespark. Um den Waldespark in der Oranienstraße, den früheren Jahnbestattungshof, seiner jetzigen Bestimmung gemäß als Park einzurichten, beabsichtigt die städtische Stadtdeputation, alle diejenigen Grabstätten, Kreuze, Denkmäler, Gitter etc. zu beseitigen, bei denen die Verwesungsperiode abgelaufen ist und welche nicht mehr unterhalten werden. Die Deputation fordert deshalb alle Beteiligten, welche durch die beabsichtigte Beseitigung in ihren Interessen glauben geschädigt zu werden, auf, ihre näher zu begründenden Einsprüche bis zum 1. Oktober d. J. geltend zu machen.

Ein Erlaß des Polizeipräsidenten an die hiesigen Kriminalbeamten hat unter demselben große Aufregung hervorgerufen. In diesem Erlaß sind die Kriminal-Beamten angewiesen worden, zum 1. Oktober d. J. resp. zum 1. April 1901 Wohnungen innerhalb der hiesigen Polizeibezirke zu nehmen, in welchen sie angestellt sind. Hierdurch entstehen natürlich für diejenigen Beamten, die in den Innenbezirken bedienstet sind, ganz bedeutende Mehrausgaben in der Miete.

Submissionen. Die Tischlerarbeiten für den Bau der Lungenklinik in Seelig sind vor kurzem von der Landesversicherungsanstalt, die die Anstalt errichtet, vergeben worden. Es ist interessant, die großen Preisunterschiede der Submittenten zu hören. Während die Firma Karl Müller, Köpferstraße, mit 120 000 M. die höchstfordernde war, bot Hardt, Wischmerstraße, 74 000 M., und die Firma Grün u. Hedwig, Weissenaustraße, 69 000 M. Die beiden letzteren erhielten den Zuschlag.

Einem der unheimlichsten Eindrehen, von denen die Kriminalgeschichte zu erzählen weiß, ist verhaftet worden. Es ist der 32 Jahre alte Schneider Karl Wiede, eine ziemlich gebaute Persönlichkeit mit kleinen Händen und Füßen, einem kleinen, blonden, ledigen Schnurrbartchen, einem im Gegensatz zu seinen Jungegenossen angenehmen Aussehen, dessen tadellose Kleidung und gewandtes Auftreten nicht vermuten läßt, daß er erst im Mai eine fünfjährige Zuchthausstrafe in Marienfeld verbüßt hatte.

Handelte es sich um große Werte, die bei hellem Tage und in Anwesenheit der Bestohlenen und ihrer Dienerschaft aus verschlossenen Behältern mit Anwendung von Dietrichen oder Drehwerkzeugen genommen wurden, ohne daß von dem Täter auch nur eine Spur bemerkt worden wäre. Nur in einem Falle war man sich klar geworden, wie der Eindrehen in die Wohnung hincin und wieder heraus gekommen war. Die Kriminalpolizei, die an der Art der Ausführung die Verdrehen oft erkennt, stellte fest, daß eines Abends die Wirtin eines Baumeisters, als sie an der Handtür einen Brief empfing, von einem eintretenden Mann gefragt wurde, wie lange das Haus offen sei. Der Mann war ohne Kopfbedeckung, und die Frau hatte ihm kurz Bescheid gegeben. Dies war Wiede, der kurz vorher gehört hatte, daß der Baumeister erst um 11 Uhr heimkehren würde. Bevor noch die Wirtin die zu ebener Erde belegene Wohnung erreicht hatte, war Wiede durch ein Fenster vom Hofe aus eingestiegen und bei einem Schreibtisch an der Arbeit. Kurz darauf erschien die Frau mit dem Brief und Wiede schlüpfte unbemerkt in ein Nebenzimmer. Die Wirtin legte den Brief auf den bereits in Angriff genommenen Schreibtisch, ohne die feine Diebedarbt zu bemerken, ging dann in der Häuslichkeit hin und her, ließ aber das Zimmer mit dem Schreibtisch immer nur wenige Minuten ohne Aufsicht. Diese kurzen Augenblicke genügte aber dem geübten Eindrehen, um die die Behälter zuhaltenden Eisenansätze der Schloßer zu durchschneiden und die Beute an sich zu nehmen. Schon war er im Begriff, die letzte Hand anzulegen und sich dann aus dem Staube zu machen, als die Wirtin wieder erschien und nun zu seinem Verdruss aus dem Fenster sah. Wiede mußte wieder in das Nebenzimmer hinhinken, von wo er aber nicht unmittelbar nach außen entweichen konnte. So blieb er in der Falle, bis gegen 11 Uhr der Baumeister heimkehrte. Jetzt konnte ihn nur noch ein fähiger Streich retten. Kaum hatte der Baumeister das Zimmer betreten und die Wirtin angeprochen, als Wiede aus dem Nachbargemach mit einem großen Satz an den verblüfften Bestohlenen vorbeisprang und mit den Worten: „Wünsche wohl zu schlafen“, durch das offene Fenster die Straße erreichte und entkam. In einem andern Fall stieg der Eindrehen durch ein offenes Fenster des zweiten Stocks ein; das er, am Abfluchtort hinaufstehend und auf einem nur drei Centimeter breiten Planerfort an der Außenwand entlang gehend, erreicht hatte. Er ging bis an das Bett des hier schlafenden, stahl außer barem Geld eine Tasche mit Brillanten im Wert von 7000 Mark und machte sich auf den Rückweg. Beim Hinabklettern kam er dicht an einem andern geöffneten Fenster vorbei, aus dem der Schmerzensschrei eines Kranken drang. Wiede, der sich eindeutig glaubte, ließ die Tasche mit Brillanten in den Garten fallen und brachte sich schleunigst in Sicherheit. Die Tasche wurde später gefunden. Die Kriminalpolizei ließ nun nicht bloß sorgfältig Streifen unternehmen, sondern besetzte auch verschiedene Häuser. Das führte endlich zum Ziel. Als ein Beamter den Hof eines Grundstücks betrat, bemerkte er, wie ein Mann mit ahnungsartiger Gewandtheit an Abfluchtorten herunter seinen Abstieg nahm. Aber auch dieser hatte ihn gesehen, war wieder nach oben geklettert und hatte sich über das Giebelband hinweg auf das Dach geschwungen. Andre Kriminalbeamte wurden zu Hilfe gerufen, und es begann nun eine Jagd auf den fliehenden, der über mehrere Dächer hinwegkam. Als ihm aber durch die Dachlücken aus den Häusern andre Verfolger den Weg verlegten, mußte er sich ergeben. Es war Karl Wiede, der die ganze Reihe der begangenen Einbrüche einräumt. Neben dem Verbleib des größten Teils der Beute hat er sich indes noch nicht geäußert.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern gegen Mittag in der Schloßerei von Otto Thiele, Wrangelstr. 130. Der dort beschäftigte Lehrling Gustav Heinemann, etwa 15 Jahre alt, erhielt den Auftrag, den Gasmotor in Bewegung zu setzen und zu dem Zweck das Schwungrad anzudrehen. Der Lehrling kam bei dem Vorhaben mit dem Kopf zwischen die Speichen und wurde so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Der Meister behauptet, daß er dem Lehrling keinen Auftrag gegeben hat, die Maschine in Gang zu bringen.

Der letzte Akt eines Chedramas spielte sich am Sonntag nachmittag um 6 Uhr an der Theaterbühne ab. Dort sprang die 33 Jahre alte Frau Franziska Zwach aus der Rankstraße 28 mit ihrer 10 Jahre alten Tochter in den Kanal. Die Frau wurde von Schwämmern des 88. Polizeiregiments in Gemeinschaft mit Zivilpersonen gerettet, während das Kind dem Ansehen nach ertrunken ist. Bisher ist indes die Leiche nicht gefunden. Frau Zwach verheiratete sich vor 11 Jahren mit dem Mechaniker Zwach, der als Vertreter einer Nähmaschinenfabrik aus Weihen in der Oranienstr. 62 und in der Rankstr. 28 sein Geschäft betrieb. Die Ehe war glücklich, bis vor einem Jahre Zwach ein Fäulem Helene Hartmann, deren Eltern im Norden eine Gastwirtschaft betreiben, als Buchhalterin annahm. Beide verhielten sich in einander und gingen durch. Die Ehe wurde indes nicht geschieden, Zwach vielmehr zur Hölle veranlaßt. Bis vor acht Tagen lebte er mit der Familie wieder zusammen und schien die Geliebte vergessen zu haben. Plötzlich entfernte er sich wieder, um zu seiner Geliebten zurückzukehren. Frau Z. versuchte nun, das Geschäft allein zu führen, konnte es aber nicht halten, weil ihr der Mann noch eine Schuldlast hinterlassen hatte. Samstags und Sonntag veranlaßte sie nun zu dem Schritt. Sie nahm von den hier lebenden Eltern und Verwandten schriftlich Abschied und ging mit dem Kind ins Wasser.

Das Messer spielte eine Hauptrolle bei einer Schlägerei, die sich am Sonntagvormittag um 4 Uhr auf dem Hönigsbergplatz zwischen sechs bis acht Personen entspann. Dabei erlitt der 23 Jahre alte an einem Bein verkrüppelte Arbeiter A. aus der Wolfenstr. 5 nicht weniger als sechs Messerstiche in den Kopf, während sein Freund, der Möbelpolierer F. aus der Wolfenstr. 4, zwei solche Stiche davontrug. Die Täter machten sich aus dem Staube. Beide Verletzte erhielten auf der Rettungswache in der Kastanien-Allee einen Verband und R. wurde in einem Lächchen Wagen dem Krankenhaus im Friedrichshain zugeführt.

In der Wohnung seiner Braut erschossen hat sich am Sonntagvormittag um 5 1/4 Uhr der 23 Jahre alte Pianist Franz Brim, der aus Magdeburg stammt und in der Wolfstraße zu Charlottenburg wohnte. Wahrscheinlich ist Eifersucht der Anlaß zur That gewesen.

Einen seltsamen Versuch, sich das Leben zu nehmen, machte am Montagvormittag um 10 Uhr das 38 Jahre alte Dienstmädchen Amanda Kroll, das erst seit einigen Tagen bei einer Herrschaft in der Lindenstraße 64 in Stellung war. Das Mädchen, das anscheinend gewisse aus einem Liebesverhältnis herrührende Folgen beklagte, wurde um 9 1/2 Uhr plötzlich vernichtet. Nach längerem Suchen hörte man es im Keller töhnen, den es von innen verschlossen hatte. Die Thür wurde gewaltsam geöffnet und die Kroll lag in ihrem Blut mit aufgerissenen Kleidern, neben ihr ein Beil. Mit diesem hatte sie sich zu erschlagen versucht und an den beiden Kopfseiten sich lassende Wunden beigebracht. Die Herrschaft ließ sie sofort in die Wohnung bringen, wo sie verbunden werden sollte. Bevor dies geschehen konnte, griff die K. nach einem auf dem Tisch liegenden Messer, um sich die Kehle durchzuschneiden. Man entwandte ihr das Messer und ließ sie in einem Lächchen Rettungswagen nach einem Krankenhaus bringen. Die K. verweigert jede nähere Auskunft. Gefahr für ihr Leben scheint nicht zu bestehen.

Hadrennen am Kurfürstendam. Auf zwei Sonntage den vorgefertigen und den nächsten, ist das Rennen um den großen Preis von Deutschland angesetzt. Er ist geteilt in vier Einzelpreise: 4000, 1000, 500 und 250 Mark. Nicht weniger als 68 Verfassfahrer aus allen Weltgegenden von Amerika bis Russland waren zu diesem Ereignis erschienen; selbst Neu-Seeland hatte in der Person eines Herrn Sutherland einen

Näpchen gestellt. Tomafelli • Mailand, Webers • Amsterdam, Huber • München, Seidl • Graz, Green • London, Schilling • Amsterdam, Ueber • Hannover, Kaiser • Vörsch, Widmer • Friedmann, Voguillon und Jacquelin • Paris, Cooper • Chicago, Münder • Berlin, Ellegard • Kopenhagen, Seimann • Berlin waren in der kosmopolitischen Gesellschaft die hervorstechendsten Größen. Und ebenso mannigfaltig gemischt war das Publikum, das zu Tausenden die Rennbahn füllte. In Arbeiterkreisen steht man dem Sport vielfach mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüber, und besonders die Arbeiter-Madfadervereine sind einzig in der Weltlichen Ansicht, daß nur der Landstraße und nimmer der Rennbahn das Fahrrad gehören soll. Und doch, die Propaganda für diese so einfach und verständlich klingende Lehre läßt an Erfolg sehr viel zu wünschen übrig, und Thorheit wäre es, die Augen davor zu verschließen, daß auch vortrefflich das Publikum, das sich auf der Rennbahn drängte, nicht zum geringsten Teil aus Arbeitern und sonstigen „kleinen Leuten“ bestand.

Vorgestern wurden zunächst die Vorläufe gefahren. Es waren ihrer nicht weniger als zehn. Folgende Fahrer erlitten sich für die Zwischenläufe und das Entscheidungstreffen am nächsten Sonntag die Befähigung. Haller • Wien, Protin • Vütlich, Tomafelli • Mailand, Ellegard • Kopenhagen, Jacquelin • Paris, Seidl • Graz, Ueber • Hannover, Cooper • Chicago, Huber • München und Kaiser • Vörsch, ferner siegen in den Postwagensläufen Bremen • London und Webers • Amsterdam. Einige Rennen, die dann noch folgten, verliefen in folgender Weise:

Niederrad-Trostrfahren. Distanz 2000 Meter. 5 Vorläufe. Entscheidungslauf: Schilling • Amsterdam (3 Min. 40,4 Sek.) 1. Audela • Leipzig 2. C. Mayer • Ludwigshafen 3. Nicht placiert: M. Lurion • Wien, C. Schilling • Amsterdam, Mac Farland • New York.

Niederrad-Trostrfahren. Distanz 804,6 Meter. 6 Vorläufe. Entscheidungslauf: Heller • Wien (58,4 Sek.) 1. Bocquillon • Paris 2. C. Mayer • Ludwigshafen 3. Nicht placiert: M. Gerty • Kleinsteinhelm, F. Krause • Berlin, Scheuermann • Breslau, Tom Cooper • Chicago, Sigmund • Basel, Münder • A. Kaefer, W. Hinz • Berlin, Mac Farland • New York.

London • Hauptfahren. Distanz 10000 Meter. Vier Vorläufe. Entscheidungslauf: Jacquelin • Paris (19 Min. 11,1 Sek.) 1. F. und A. Verhejen • Frankfurt a. M. 2. Mayer • Althoff 3. Nicht placiert: Weder • Gerty, Tros • Ferrari, Krause • Hinz, Joerns • Mac Farland, Tomafelli • Webers, Schilling • Jenius, Wagner • Kaiser, Münder • Audela, Ellegard • Hansen.

Orgelvortrag. Die Opernsängerin Fel. Rosa Bernier aus Budapest, die Konzert Sängerin Fel. Marie Andow, Herr Georg Deberer aus Jena, Herr Konzertmeister Hermann Weisach, Herr Franz Ritter und Herr Max Curtz unterrichten den Orgelvortrag des Musikdirektors Otto Diemel in der Marienkirche am Mittwoch, den 29. August, mittags 12 Uhr und führen im Verein mit diesem Kompositionen von Bach, Hindel, Schubert, Mendelssohn, Spohr, Alb. Deber, Jürgang und Diemel auf. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. Montagmorgen gingen Krausenstr. 21 Betten und Möbel in Flammen auf. Sonntag gegen Abend wurde die Wehr nach der Friedrichstraße gerufen, wo ein Pferd unter einem elektrischen Straßenbahnwagen geraten war. Es dauerte geraume Zeit, bis der Wagen gehoben und das Tier befreit war. Es kam ohne erhebliche Verletzungen davon. In der vorhergehenden Nacht war Wasserhorststr. 53 ein kleiner Dachstuhlbrand und Sneyfenastraße 115 ein Kellerbrand abgelaufen. Beide Fälle nahmen die Wehr nur kurze Zeit in Anspruch. Außerdem wurde noch ein unbedeutendes Feuer aus Oranienstr. 107 gemeldet. — Ein gewaltiger Feuersturm war in der Nacht zum Sonntag um 11 1/2 Uhr im Westen sichtbar. Am Stuttgarter Platz, Ecke Windmühlstraße, ging der Dachstuhl aus bisher nicht aufgeläuter Veranlassung in Flammen auf. Auf dem Boden lagerte Papier, Betten usw., die dem Feuer reichliche Nahrung boten. Die Charlottenburger Wehr hatte viel Arbeit, weil sie die eiserne Zugangstür erst einschlagen mußte. Der Dachstuhl brannte aus. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis Sonntagmorgen.

Verloren. Eine Sammelliste Nr. 508 für die strekkenden Sattler ist verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselbe in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, abzugeben.

Aus den Nachbarorten.

Der Staatssekretär des Reichs • Postamt hat dem Berliner Vorortverein auf seine Petition betreffend die Ausdehnung der neuen Ortstaxe von Berlin auf sämtliche Vororte, und die Einführung einer einheitlichen Fernsprech • Pauschalgebühr für den Vorortverkehr folgenden Bescheid zugehen lassen: Die Ausdehnung der Ortstaxe von Berlin auf den Verkehr mit sämtlichen innerhalb des Fernbahn-Vorortbezirks belegenen Orte ist nach den bestehenden Grundätzen nicht angängig. Auch dem Antrag auf Einbeziehung von Siedende und Friedhofsfelder in den Geltungsbereich der Berliner Ortstaxe läßt sich nach Lage der Verhältnisse nicht entsprechen. Zehlendorf (Wannseebahn) und Schlachtensee stehen bereits seit 1. April im Nachbarort • Verkehr mit einander. Die Erfüllung der weiter vorgetragenen Wünsche, 1. das Zuschlagporto bei den für den Fernortverkehr bestimmten Verkehren nur nach den Tagen für den Vorortverkehr frankierten Sendungen wegzulassen; 2. das Drucksachenporto im Ortstaxebereich auf 1 Pf. herabzusetzen und 3. eine einheitliche Fernsprech • Pauschalgebühr für den Vorortverkehr in Höhe von 180 M. einzuführen, würde einen so erheblichen Einnahme-Ausfall verursachen, daß ein Eingehen darauf nach den erheblichen Gebührenermäßigungen, die am 1. April im Bereiche der Post- und Telegraphen-Verwaltung eingetreten sind, ausgeschlossen ist. Auf den Wunsch mündlicher Besprechung von Anträgen und Bescheidwerden wird die kaiserliche Ober-Postdirektion hier in geeigneten Fällen bereitwillig eingehen.

Eine Gratifikation für die freiwillige Feuerwehr. Bekanntlich hat ein großes Feuer am 9. Juni d. J. in dem Gebäude der hiesigen Gemeindefabrik für Genesende auf dem Riesefelde Heinersdorf großen Schaden angerichtet und das ganze Gebäude bis auf das unterste Stockwerk, welches unversehrt erhalten blieb, stark beschädigt. An den Löscharbeiten haben sich 571 Ehren der benachbarten Gemeinden und Ökter, die freiwillige Feuerwehr von Groß-Lichterfelde und diejenige von Zeltow beteiligt. Die beiden letztgenannten Wehren haben bei ihrer Tätigkeit ganz besonders gute Dienste geleistet, insbesondere hat die freiwillige Feuerwehr von Groß-Lichterfelde sich insofern noch hervorgetan, als sie auch nach Lösung des Brandes sich bis 12 1/2 Uhr nachts noch mit Aufräumungsarbeiten am Brandorte beschäftigte. Ein Zug der Berliner Feuerwehr kam auf Requisition der Gutsverwaltung, doch kam dieselbe, da bei ihrem Eintreffen das Feuer wesentlich gelöscht war, nicht mehr in Tätigkeit. Unter Berücksichtigung der

besonderen Leistungen dieser beiden Wehren, deren aufopfernden Tätigkeit es zu verdanken ist, daß das Feuer nicht einen größeren Umfang angenommen hat, beabsichtigt der Magistrat, denselben den Dank der Stadt dadurch auszudrücken, daß er beiden Wehren Prämien im Gesamtbetrage von 300 M. gewähren will und wird daher bei der Stadtverordneten • Versammlung beantragen, dieselbe möge sich damit einverstanden erklären, daß der freiwilligen Feuerwehr von Groß • Lichterfelde eine Prämie in der Höhe von 200 M. und der freiwilligen Feuerwehr in Zeltow 100 M. aus Kanalisationsfonds gezahlt werde.

Aus dem Reich des Herrn v. Oppen. Ein Leser schreibt uns: Am Freitag hatte die Residenz des Herrn v. Oppen (Adlershof) einen Kulturfortschritt zu verzeichnen, wie er in den Annalen des Ortes einzig dasteht. Zum erstenmal verstrahlte in allen Straßen des Ortes, wo man sonst nicht die Hand vor Augen legen konnte, Gasglühlicht. Kluge mit dem Einzuge dieses Fortschritts auch in dem Kopfe des „Gewaltigen“ ein Licht ausgehen, damit wir uns auch besserer beförderlicher Erleuchtung freuen können!

Einen schaurigen Fund machten am Sonntagmorgen mehrere junge Leute, die in einem Ruderboot den Müggelsee kreuzten. Sie bemerkten in der Spreestromung treibend die Leiche einer elegant gekleideten jungen Dame. Der Körper wurde von ihnen gelandet, doch wurden bei der Toten keinerlei Legitimationspapiere vorgefunden. Die Unbekannte, die zweifellos Selbstmord verübt hat, war bekleidet mit einer blau-seidenen Taille, blau-geripptem Tuchkleide, welches durch einen silber-burchwirten Gürtel gehalten wurde, schwarzen Strümpfen und hohen Schuhen. Aus der Leibwäsche waren die Zeichen entfernt worden. An Verwunden wurden bei der Toten nur ein goldener Fingerring mit roten Steinen vorgefunden.

Wieder ein Bootsunfall. Bei starkem Wind und hohem Wellengang lenierte gestern vormittag auf dem Dämmersee bei Hessewinkel ein Segelboot, in dem sich drei Herren befanden. Die Insassen konnten sich an dem umgeschlagenen Boot so lange festhalten, bis der Unfall im ziemlich entfernten Restaurant Gesellschaftshaus bemerkt und sie von den Kellnern mit mehreren Booten aus ihrer gefährlichen Situation befreit wurden.

Der bestrafte Sozialdemokrat. Kein fürsorglich war dieser Tage auch unser Genosse Palleder in Spandau, welcher ein eigenes Haus in der Frobenstraße besitzt, mit drei Soldaten ins Quartier gab. Genosse P. hat sein möglichstes, seinen Quartiergästen den Aufenthalt in seiner Behausung angenehm zu machen. Anspitz zwei Stunden befanden sich die drei Soldaten in ihrem neuen Quartier, eben sollte das Mittagessen aufgetragen werden, als ein Polizeibeamter eintrat und auf Befehl der Kommandantur die Mannschaften abholte, um sie in ein andres Quartier zu bringen! — Die Strafe, welche den sozialdemokratisch gesinnten Hauswirt traf, ist von erschreckender Härte, Genosse P. wird sich aber zu trösten wissen. Jetzt wissen es aber auch unsere Hauspatronen, was sie thun müssen, um der drückenden Einquartierungslast zu entgehen — sie dürfen sich nur in sozialdemokratischen Geruch setzen!

Gerichts-Beilage.

Vergehen gegen den § 2 des Vereinsgesetzes als Dauerdelikt. Der Vorstand des „Wählervereins für Nord-Siedow“ hat in den Jahren 1891 bis 1897 den Tod, der in dieser Zeit verstorbenen Mitglieder der Polizeibehörde nicht angezeigt. 22 Personen — Reimers und Genossen —, die in dieser Zeit dem Vorstande angehört hatten, wurden deshalb wegen Vergehens gegen den § 2 des Vereinsgesetzes angeklagt. Sie sollten sich gegen die Bestimmungen vergangen haben, wonach die Vorlieder der Vereine im Sinne des § 2 auch alle Veränderungen im Mitgliederbestande der Behörde anzeigen haben. Die Angeklagten wurden in zweiter Instanz vom Landgericht zu Hensburg zu Geldstrafen von je 15 M. event. 3 Tagen Haft verurteilt. Sie legten Revision ein und ihr Vertreter machte vor dem Kammergericht folgendes geltend: Die Pflicht, Veränderungen im Mitgliederbestande binnen 3 Tagen anzugeben, könne sich nicht erstrecken auf die durch den Tod auscheidenden Mitglieder. Der Tod der Leute komme der Polizei auch sonst bald zur Kenntnis, während die Vorstandsmitglieder größerer Vereine ihn oft erst sehr spät, lange nach der im § 2 festgelegten Frist erführen. Uebrigens habe der Wählerverein einen besonders Aussehen mit der Erfüllung der Anzeigepflicht vertraut gehabt. Dieser wäre höchstens haftbar. Dann hätten auch die Personen, die dem Vorstande in den Jahren 1891 bis 1897 angehört hätten, gewechselt. Es seien welche ausgeschieden, andre hinzu gekommen. Nun habe aber das Landgericht gar nicht festgestellt, ob alle Angeklagten gerade zu der Zeit Vorstandsmitglieder waren, als Todesfälle vorkamen. Und schließlich sei noch Verjährung einzuwenden, da ein Teil der behaupteten Vergehen um Jahre vor der Strafverfolgung lagen.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision mit folgender Begründung: Mit Recht habe das Landgericht im Ausschneiden der Mitglieder durch den Tod eine Veränderung der Mitglieder gemäß § 2 gesehen und mit Recht seien die Vorstandsmitglieder und nicht der Ausschuh herangezogen worden. Im weiteren genüge die Feststellung des Landgerichts, daß die sämtlichen 22 Revidenten dem Vorstande des Vereins in der fraglichen Zeit, d. h. in den Jahren 1891 bis 1897, einmal angehört hätten, und von einer Verjährung könne nicht die Rede sein, denn es handele sich hier um ein Dauerdelikt. Die Verpflichtung zur Anmeldung der auscheidenden Mitglieder bestehe fort, bis sie erfüllt sei. Die 22 Vorstandsmitglieder aus den Jahren 1891 bis 1897 seien darum zu Recht bestraft worden.

Verwegene Kletterkünste brachten in der Nacht zum 28. Mai dieses Jahres drei noch jugendliche Einbrecher, die gestern in den Personen des Arbeiters Paul Link, des Lehrlings Reinhold Kiewski und des Schlossers Georg Zimmer vor der 4. Ferienstrasskammer des Landgerichts 1 standen. Ihnen gestellten sich der noch nicht 17jährige Lehrling Hans Reich und die Arbeiterin Anna Kühn hinzu, die unter der Anklage der Beihilfe bew. der Hehlerei standen. Reich, der einer anständigen Familie angehört, war als Lehrling in dem Fabrikgeschäft von Walten in der Brandenburgerstraße 75 thätig und mit den örtlichen Verhältnissen daselbst vertraut. Auf eine Anfrage der Mitangeklagten, von denen Link und Zimmer schon mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht haben, ließ sich der Junge verleiten, diesen mitzuteilen, daß das im dritten Hofe des Hauses belegene Geschäftslokal des Sonntags verwaist dastehe und in einem daleilich befindlichen Geldschrank größere Summen aufbewahrt

werden. Die jugendlichen Verbrecher stauteten daraufhin in der Nacht vom 27. zum 28. Mai dem Waltherschen Geschäft einen Besuch ab. Nach Öffnung der Hausthür mittels Nachschlüssels begaben sie sich auf den dritten Hof und kletterten dort lagenartig am Seil des Hofschlusses bis zum dritten Stockwerk empor, kletterten alsdann durch ein nach Verabredung von Reich offen gelassenes Fenster und gelangten so in die Geschäftsräume. Mit einer staunenswerten Kunstfertigkeit zertrümmerten sie die Rückwand des eisernen Geldschanks und erbeuteten 660 Mark. Auf demselben halbschweren Wege, auf dem sie gekommen, gelangten sie wieder nach unten und ins Freie. Von dem Raub bekam jeder Teilnehmer an der nächtlichen Verbrechenfahrt je nach seinen Verdiensten sein Teil ab. Aber auch hier wiederholte sich die alte Geschichte von den betrogenen Betrügnern. Unter der Diebesbeute befanden sich einige ausländische Wertpapiere, die der Angeklagte Zimmer einem seiner durchaus würdigen „Freunde“ zur Verwertung übergab. Der Biedermann wechselte zwar die Wertpapiere um, zog es aber vor, mit dem Erlöse zu verschwinden. Ähnliche böse Erfahrungen hat der erste Angeklagte mit seiner „Prant“, der Arbeiterin Kühne, gemacht. Sein Tatendrang ließ ihn bald nach jener nächtlichen Kletterei einen etwas bequemereren Diebstahl bei dem Gastwirt Heingel ausführen, wobei ihm dessen Erbarmnisse im Betrage von 450 Mark in die Hände fielen. Als fürsorglicher Mann übergab er bei Zeiten seiner Prant 40 M. mit dem Auftrage, für seine bessere Verpflegung im Untersuchungsgefängnis zu sorgen, falls ihn das Schicksal ereilen und er eingelocht werden sollte. Dieser Zeitpunkt ließ nicht lange auf sich warten, die Angeklagte Kühne vergaß aber gänzlich das ihr übertragene Liebeswerk und legte das Geld zu ihrem eignen Nutzen an. Von den Angeklagten war Reich, von dessen Mutter hergegernechte Briefe in das Untersuchungsgefängnis gelangt sind, der brummigste. Er wurde mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch, dessen er sich schuldig gemacht, zu 6 Monaten, Link zu 1 Jahr 2 Monaten, Kiewski zu 8 Monaten, Zimmer zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, während die Angeklagte Kühn mit einem Monat Gefängnis davonkam.

Aus 6 Monate Gefängnis — 10 Mark Geldstrafe.

Diese Herabsetzung des Strafmaßes hatte der Schlächtergehilfe Julius Fenselau dem Segen der Verurteilungsdauer zu verdanken. Zur Zeit der Raubthat, am 20. Mai, wurde die Ehefrau eines Herdebahnwagens, der von einem arbeitswilligen Angestellten geführt wurde, durch einen Steinwurf zertrümmert. Der Drohschlächter Wolf machte die Schutzleute auf einen Mann aufmerksam, der den Wurf ausgeführt hatte. Der Bezeichnete wurde verhaftet. Nun wandte sich die Witte der Menge gegen den Drohschlächter Wolf, von allen Seiten regnete es Hiebe auf ihn, bis er sich in das Webersche Schanklokal flüchtete. Auch hier wurde er mißhandelt. Der Schankmann Büsch wollte ihm zu Hilfe kommen. Er verhaftete einen Mann, den er zum Lokal hinaus vor sich beschob. Hierbei erlitt er hinterwärts mehrere Faustschläge ins Genick und gegen den Helm. Als er sich umwandte, sah er den Angeklagten unmittelbar hinter sich stehen und hielt ihn für den Thäter. Als er ihn verhaften wollte, flüchtete Fenselau ins Innere des Lokals, die übrigen Gäste nahmen für ihn Partei und es kam zu einer erregten Scene, bevor es gelang, die Verhaftung Fenselau zu bewerkstelligen. Das Schöffengericht hatte trotz des Leugnens des Angeklagten ihn des thätlichen Angriffs gegen einen Schankmann für überführt erachtet und ihn zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Zum gesetzlichen Termin vor der Berufungs-Strasskammer hatte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Berthauer, eine Anzahl einwandsfreier Zeugen laden lassen, welche bekundeten, daß nicht der Angeklagte die Schläge gegen den Schankmann gerichtet hatte, sondern ein anderer Mann, der sich dann schnell im Gedränge verlor. Auch der geschlagene Schankmann mußte einräumen, daß er den Angeklagten nur deshalb für den Thäter gehalten hatte, weil derselbe dicht hinter ihm stand. Der Gerichtshof sprach deshalb den Angeklagten wegen des thätlichen Angriffs gegen einen Schankmann frei, hielt aber einen Widerstand dennoch für vorliegend, weil der Angeklagte nicht gutwillig bei der Sistierung Folge leistete, was er hätte thun müssen, obgleich er sich unschuldig fühlte. Unter Berücksichtigung der vorliegenden mildernden Umstände ließ hierfür aber nur auf 10 M. Geldstrafe erkannt werden. 1/4 der Kosten seien der Staatskasse, 1/4 dem Angeklagten auferlegt worden.

Vermischtes.

Ein Kindesmord wurde am Sonntag früh gleich nach vollendeter That entdeckt. In Zrammen bei Rauen war am 1. April d. J. bei dem Bauer Lange eine aus König in Westpreußen gebürtige 20jährige Dienstmagd zugezogen. Bald nach dem Dienstantritt schlopfte die Dienstherrin Verdacht, daß die Magd sich in andern Umständen befinde. Sie ließ dieselbe untersuchen und das ärztliche Gutachten bestätigte den Verdacht. Trotzdem blieb die Magd, weil sie sonst ihre Schuldigkeit that, im Dienst. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat nun die Magd heimlich geboren und das Kind gleich nach der Geburt in einen Wassereimer gesteckt, so daß dasselbe erstickte. Die mit der jungen Mutter in einem Räume schlafende zweite Magd verriet am nächsten Morgen die Sache ihrer Dienstherrin, man fand die Leiche des Kindes, da aber der körperliche Zustand der Mutter die sofortige Verhaftung ausschloß, verblieb dieselbe in Ermangelung eines Krankenhauses in der Pflege der Dienstherrin und erst nach ihrer Genesung wird die Verhaftung erfolgen.

Neber eine gefährliche Ballonsahrt wird der „Woff. Zig.“ aus Paris gemeldet: In Vincennes stieg vorgestern ein Luftballon auf; er stieg an die Leitungsdrähte des Fernsprechers, bewirkte Kurzschluß, wurde vom elektrischen Funken in Brand gesteckt und fiel auf ein Hausdach, das er anzündete. Die beiden Luftschiffer stürzten aus der Gondel, konnten sich an einem Fensterkreuz festklammern, gerieten aber in Gefahr, lebendig zu verdrermen. Drei Soldaten kletterten zu ihnen empor und brachten sie umverkehrt nieder. Der ganze furchtbar aufregende Vorgang spielte sich vor zehntausend Zuschauern ab.

Eisenbahnunfall. Auf der Station Anderston Groß (England) fuhr am Sonnabend ein Personenzug in einen zweiten auf der Station stehenden Personenzug von rückwärts hinein. Vier Wagen des auf der Station stehenden Zuges wurden völlig zertrümmert und 24 Personen schwer verletzt.

Festkrankung. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, ist auf dem in Clazome eingelaufenen Schiffe „Niger“ ein zweiter Pestfall festgestellt worden. Der Kranke, welcher dem Schiffpersonal angehört, wurde ins Lazarett gebracht.

Einsiegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. **M. Schulmeister, Schneidmstr.,** Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!

Specialität: Plattenloser Zahnersatz. Absolut feststehend, vorzüglich beim Sprechen, Singen etc. Plomben, Nervlöten, Reinigen etc.

Frau B. v. H. schreibt u. a.: Durch zwei mich behandelnde Aerzte an Ihnen empfohlen, kann ich Ihnen für Ihre überaus geschickte und schmerzfreie Behandlung nur den größten Dank rollen.

Herr Dr. B. schreibt: Ich habe während der Operation selbst als auch in der Folge keine Schmerzempfindung gehabt etc. etc.

Zahn-Arzt Dr. Lind und Linde Brückenstr. 6 B. L. a. d. Jannowitz-Brücke. Sprechstunden: 9-6, Sonntags 9-12. Telefon VII 7898.